

Reader zum 11. bundesweiten Kongress im Oktober 2009
der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Gewerkschaftspolitik in der Krise Kämpfen statt verzichten



I. Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

II. Kongress

Das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken vor dem Hintergrund der Krise Seite 3
Christa Hourani, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Tarifpolitik in Zeiten der Krise – am Beispiel des Streiks der ErzieherInnen Seite 10
Bernd Riexinger, Geschäftsführer ver.di Bezirk Stuttgart

Das politische Streikrecht – wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen Seite 15
Werner Sauerborn, Referent für Grundsatzfragen des ver.di-Landesbezirks BaWü

Auswertung aktueller betrieblicher Kämpfe – Perspektiven Seite 20
Matthias Fritz, Vertrauenskörper-Leiter und Betriebsrat bei Mahle Stuttgart

Wie initiieren wir eine gesellschaftliche Bewegung für Arbeitszeitverkürzung? Seite 22
Daniel Behruzi, Journalist bei Junge Welt, Lunapark

Abschlussklärung Seite 26

III. Plattform der Gewerkschaftslinken Seite 28

I.) Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

Am 15./16. April 1999 trafen sich in Oberursel/Frankfurt ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Bundesrepublik zur Gründung der „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Was etwas holprig daher kam, war nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „express“, die die InitiatorInnen ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren.

Ausgangspunkt für diese Initiative war die Einschätzung, dass die Gewerkschaften in einer tiefen politischen Krise sind und sie keine kämpferische Politik im Interesse der Lohnabhängigen machen.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken möchte eine bundesweite ernstzunehmende, basis- und kampforientierte zielgerichtete Initiative sein, auf die nicht nur die Gewerkschaftslinken, sondern auch die breite Masse der Gewerkschaftsbasis setzen kann, um Gegenwehr gegen die Angriffe des Kapitals auf die tariflichen, gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen zu organisieren.

In vielen Betrieben und Gewerkschaften gibt es Kollegen und Kolleginnen, die sich für die gewerkschaftliche Organisation, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für kämpferische Auseinandersetzungen, für demokratische Gewerkschaftsstrukturen einsetzen. Diese KollegInnen sind aber nicht vernetzt und wissen nichts voneinander. Sie schaffen es deshalb oft nicht, ihre Ziele durchzusetzen, weil die Kämpfe einzeln geführt werden.

Ziel der Gewerkschaftslinken ist, diese kämpferischen, engagierten, aktiven, aber zersplitterten KollegInnen zusammen zu bringen, sie in die Forumsarbeit der Gewerkschaftslinken vor Ort einzubinden bzw. neue Foren aufzubauen, um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Bundesweit gilt es, diese örtlichen Foren zu vernetzen, gemeinsame Ziele festzulegen, gemeinsame Kampagnen zu organisieren, um dadurch gemeinsam stärkere, kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit auf einer gemeinsamen Plattform zu entwickeln.

Dieses Netzwerk versteht sich nicht als Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind trotz ihrer Schwäche und Fehler die einzigen Massenorganisationen der Beschäftigten und die erste Adresse für Millionen von Beschäftigten, um sich gegen Angriffe der Arbeitgeber zu wehren. Aber die Politik in den Gewerkschaften ist geprägt vom Comanagement und Zugeständnissen an die Kapitaleseite. Und dieser Politik will die Gewerkschaftslinke eine Alternative entgegensetzen.

Dieses Netzwerk soll die Selbstorganisation der Belegschaften stärken, soll die politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen ermöglichen.

Die Gewerkschaftslinke wendet sich aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen will sie dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Vor Ort vernetzen Foren die Arbeit der Gewerkschaftslinken. Durch Veranstaltungen und Forumstreffs wird versucht, die Ziele der Gewerkschaftslinken weiterzuverbreiten, zu verankern und die aktiven Gewerkschafter vor Ort zu vernetzen.

Für Kontinuität sorgen ein bundesweiter Arbeitsausschuss, der Vierteljährlich tagt, und das Sekretariat. Ca. alle 2 Monate erscheint ein Netzwerkinfo, das über betriebliche, gewerkschaftliche, soziale und politische Kämpfe berichtet, auch in anderen Ländern, und zu gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Fragen Stellung bezieht, sowie Vorschläge für gemeinsames Vorgehen entwickelt. Ein bis zwei Mal im Jahr finden bundesweite Kongresse statt, die die Foren und aktiven kämpferischen GewerkschafterInnen bundesweit vernetzen und gemeinsame Positionen und Aktionen festlegen soll.

Wer Interesse an Mitarbeit in den bestehenden Foren hat oder Unterstützung beim Aufbau von neuen Foren haben möchte, kann sich an Hans Kroha (HKroha@t-online.de) oder Christa Hourani (christa.hourani@t-online.de) wenden.

Impressum:

Sekretariat

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: Januar 2010

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/GewLinke

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und
ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

Das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken vor dem Hintergrund der Krise

Christa Hourani, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Ich möchte euch im Namen des Arbeitsausschusses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken recht herzlich begrüßen. Unser 11. bundesweiter Kongress hat den Titel **„Gewerkschaftspolitik in der Krise“**.

Dieser Titel ist bewusst doppeldeutig. Wir wollen beide Seiten heute und morgen diskutieren: Welche Gewerkschaftspolitik ist in der gegenwärtigen Krise notwendig? Aber auch: Die Gewerkschaftspolitik ist in einer Krise, einer existenziellen Krise. Die Gewerkschaften brauchen eine andere politische Orientierung – unsere Richtung heißt **Kämpfen statt Verzichten**. Der Konfliktvermeidungskurs, die Politik des Co-Management und der Verichtsvereinbarungen der Gewerkschaften hat sich schon in den vergangenen Jahren fatal ausgewirkt – in der Krise ist dieser Kurs für die abhängig Beschäftigten und für die gesamte Gewerkschaftsbewegung Existenz bedrohend. Doch dazu später.

Wagen wir zuerst einen kurzen **Blick in die Geschichte**:

Die gegenwärtige Krise trifft auf gesellschaftliche, politische und soziale Verhältnisse, die in den vergangenen 25 Jahren einem tiefgreifenden Wandel unterzogen wurden. Veränderungen in der Klassenstruktur, Rückgang der Industriearbeiterschaft, Zunahme der Angestellten- und der Dienstleistungstätigkeiten und vor allem der sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse. Die Massenarbeitslosigkeit ist seit vielen Jahren schon ein Dauerproblem, Krisen treten wieder häufiger auf, der Krisenzyklus verkürzt sich. Die jetzige Krise ist die tiefste seit 80 Jahren und wie die 29er Krise eine globale System-Krise. Nach der Wende 1989 entfiel für das Kapital die Notwendigkeit, die BRD als „soziales Schaufenster“ gegenüber der DDR aufzupäppeln. Die Folge war eine Radikalkur: die Realeinkommen gingen zurück – erstmalig auch in Zeiten einer Hochkonjunktur, die Sozialleistungen wurden gekürzt, öffentliche Dienstleistungen privatisiert, der Arbeitsmarkt dereguliert, die Flächentarifverträge ausgehöhlt – das Tempo und der Umfang dieses Raubzugs an unseren sozialen Errungenschaften sind in Europa einmalig.

Was bedeutet dies für die Kräfteverhältnisse?

Die **Kapitalseite** hat gewonnen, hat massiv von unten nach oben umverteilt – und zwar auf allen Ebenen, bei Steuern, Einkommen, Arbeitszeiten, Sozialversicherungen usw.

Der Finanzmarktkapitalismus hat sich durchgesetzt. Die Profitmaximierung fand schwerpunktmäßig auf den Finanzmärkten statt. Dies hat zu einer Abwertung des klassischen industriellen Kerns der Arbeiterschaft geführt. Große Produktivkraftsteigerungen, die mikroelektronische Revolution, die Verlagerung industrieller Produktion in sogenannte Schwellenländer haben dies begünstigt.

Gleichzeitig gibt es mehr Beschäftigte im Dienstleistungssektor, und zwar dort hauptsächlich in nicht gesicherten, prekären Arbeitsverhältnissen. Dies betrifft sowohl Teile der industriellen Arbeiterschaft, als auch lohnabhängige Mittelschichten, die über Arbeitslosigkeit auf den Weg des sozialen Absturzes gerieten.

Die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften haben viel verloren: soziale, tarifliche und politische Errungenschaften, Gestaltungsmacht, Kampfkraft, Mitglieder. Die Krise der Gewerkschaften wird seit den 80er Jahren bemerkt – nicht nur in Deutschland und anderen europäischen Ländern, auch in Nordamerika.

Mit der Agenda 2010 und den Hartzgesetzen hat sich diese Entwicklung weiter verschärft. Denn durch sie wurden viele Menschen gezwungen, zu Hunger- und Niedriglöhnen in prekären Arbeitsverhältnissen zu arbeiten.

Die **Normalarbeitsverhältnisse** wurden zurückgedrängt, die unsicheren, unterbezahlten, prekären Arbeitsverhältnisse nahmen rasant zu. In Zahlen: Über 7 Millionen Menschen sind im Niedriglohnbereich, 7 Millionen Menschen sind geringfügig beschäftigt, über 2 Millionen befristet, fast eine Million arbeitet als **LeiharbeiterInnen**. Am meisten betroffen sind: Frauen, MigrantInnen, junge Menschen.

Diese **Umstrukturierung der Beschäftigungsverhältnisse** ist Ausdruck des Einflussverlustes der Gewerkschaften und sie verstärkt diesen auch weiterhin drastisch, denn aus unsicheren

Beschäftigungsverhältnissen heraus mit der Androhung von Hartz IV im Nacken lässt sich schwer kämpfen.

Auch repräsentiert die **Einheitsgewerkschaft** nicht mehr die Lohnabhängigen in ihrer Gesamtheit. Das soziale Profil der Mitglieder ist kein Spiegelbild der lohnabhängig Beschäftigten mehr. Sowohl Angestellte, Frauen, Beschäftigte aus Entwicklung, Forschung und IT, Jugendliche, Migranten, Arbeitslose und prekär Beschäftigte sind in der Mitgliedschaft unterrepräsentiert. Traditionell sind Arbeiter aus industriellen Großbetrieben, Beschäftigte aus bestimmten Sektoren des öffentlichen Dienstes (Verkehrsbetriebe, Müll...), ältere Beschäftigte und Rentner besser in der Mitgliedschaft vertreten.

Die **Spaltungslinien in der Arbeitswelt**, in Werk tätige mit abgesicherten Normalarbeitsverhältnissen und in ungesicherte Prekäre machen eine einheitliche Tarif- und Sozialpolitik schwierig, aber nicht unmöglich. Die sozialen Interessen sind z. T. unterschiedlich. Traditionelle Instrumente gewerkschaftlicher Tarifpolitik und betrieblicher Interessenvertretung greifen in dem prekären Arbeitsmarkt nicht in gewohntem Maße.

Die **Gewerkschaftsvorstände** haben dieser Entwicklung der Deregulierung und Prekarisierung nichts entgegengesetzt, sie haben sie mitgetragen. Sie haben sowohl die Agenda 2010-Politik der rotgrünen Regierung mitgetragen, wie auch die Hartz-Gesetze der Großen Koalition. Bei politischen Angriffen auf soziale Standards gab es keine gezielte Gegenwehr, höchstens Dampfablassaktionen.



Mit Standortsicherungsverträgen wurden Flächentarife ausgehöhlt und Belegschaften der Konkurrenzlogik des Kapitals unterworfen. Bei Standortschließungen und Massenentlassungen wird mit Verzichts- und Konzessionspolitik reagiert.

Die neueste Ankündigung von Huber, Chef der größten Industriegewerkschaft mit 3,5 Millionen Beschäftigten in der Metall-Branche, ist, für die Lohnrunde 2010 auf Lohnforderungen faktisch verzichten zu wollen. Sein Tauschgeschäft Lohnanteile gegen Jobgarantie funktioniert nicht. Das haben Belegschaften in den vergangenen Jahren immer wieder schmerzhaft erfahren müssen. Sie haben verzichtet und wurden kurz darauf vor die Türe gesetzt. Wer hier der Propaganda des Kapitals auf den Leim geht, macht sich dauerhaft erpressbar.

Solche Politik ist mit verantwortlich für die Schwächung der Gewerkschaften.

Diese politische Desorientierung hat dazu geführt, dass die Gewerkschaften bei Ausbruch der Krise eine beängstigende Lähmung zeigten, in Schockstarre waren.

„Die Chinesen schreiben das Wort 'Krise' mit zwei Schriftzeichen. Das eine bedeutet ‚Gefahr, das andere ‚günstige Gelegenheit.‘ Es besteht die große Gefahr, dass das Kapital gestärkt aus dieser Krise hervorgeht – auf unserem Rücken sich diese Stärke holt - und die rechten Parteien an Einfluss gewinnen.

Die Krise beinhaltet aber auch die Chance, die strategische Lähmung zu überwinden. Möglich wird dies allerdings nur, wenn wir es schaffen, soviel Druck und Bewegung in den Gewerkschaften zu erzeugen, dass die Gewerkschaftspolitik sich an den Interessen der Werk tätigen orientiert.

Jede Krise beinhaltet stets auch die Möglichkeit alternativer Optionen bis hin zur Überwindung des Systems und Aufbau eines neuen.

Dies ist die Gemengelage. Diese gilt es zu berücksichtigen bei der Diskussion wohin wir gehen.

Was für eine Gewerkschaftspolitik brauchen wir?

Die klassische Antwort auf Krisen im Kapitalismus ist die massenhafte Vernichtung von Kapital, also Standortschließungen, Teilbetriebsschließungen, Auslagerungen, Insolvenzen usw. All dies ist verbunden mit Vernichtung von zahlreichen Arbeitsplätzen. Damit wird Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage entzogen.

Unsere zentrale Antwort und das zentrale Mittel, um Überkapazitäten abzubauen und die Erwerbslosigkeit zumindest etwas zurückzudrängen und damit ein wenig das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital zu unseren Gunsten zu verändern, sind radikale **Arbeitszeitverkürzungen**. Die Arbeitszeitverkürzung muss in großen Schritten erfolgen, damit sie entsprechende Auswirkungen hat.

Sie darf nicht mit Einbußen verbunden sein. Angesichts des in den letzten Jahren erfolgten Rückgangs der Reallöhne verbietet sich das von selbst. Um Arbeitsverdichtungen zu verhindern, brauchen wir eine Kontrolle der Belegschaft über die Personalplanung und die Arbeitsdichte. Wenn die Gewerkschaften bei der Arbeitszeit wieder in die Offensive kommen wollen, müssen wir die 30-Stundenwoche zu einem gesellschaftlichen Projekt, einer gesellschaftlichen Bewegung machen. Nur mit einem breiten gewerkschaftsübergreifenden Bündnis werden wir Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können.

Zur Arbeitszeitverkürzung zählt auch die Abschaffung der **Rente mit 67** Jahren – hin zu einer Rente mit 60. Bei beiden Verkürzungen ist wichtig, dass wir auch die Frage **Lebensqualität** mit thematisieren. Denn dies bringt Dynamik in die Auseinandersetzung. Das konnten wir in den Kämpfen um die 35-Stundenwoche 1984 erleben mit dem Motto der IG Metall-Frauen: Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen.

Doch dieses Thema wollen wir morgen Nachmittag umfassender vorstellen und diskutieren.

Doch auch wenn wir es schaffen, Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, werden wir den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern können – nur abbremsen. Arbeitslosigkeit ist dem Kapitalismus systemimmanent. Wichtig ist deshalb, dass wir soziale Absicherungen erkämpfen, die uns bei Arbeitslosigkeit vor dem Fall in die Armut schützen.

Mittelfristiges Ziel ist, **Arbeitslosengeld I** für unbegrenzte Zeit zu erhalten, die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV abzuschaffen und durch ein neues **existenzsicherndes System der sozialen repressionsfreien Grundversorgung** abzulösen. Kurzfristig müssen wir eine Verlängerung vom ALG I auf 3 Jahre durchzusetzen, sowie eine Aufstockung von ALG II auf **500 Euro** + Warmmiete und der Abschaffung der damit verbundenen Repressionen und Zumutbarkeiten. Auch damit könnten wir bereits viel abmildern.

Ich möchte vor Vorschlägen, wie sie von der FDP mit ihrem Bürgergeld von 662 Euro kommen, warnen. Dieses Bürgergeld würde Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter ersetzen. Miete, Heizkosten und Lebensunterhalt wären damit pauschal abgegolten. Dies ist eine einzige Mogelpackung, ist weniger wie Hartz IV und läge weit unter dem Existenzminimum. Im Koalitionsvertrag vereinbart ist jetzt eine Pauschalisierung bei den Leistungen bei Hartz IV. Auch dies bedeutet eine faktische Absenkung des Arbeitslosengeldes II.

In der Gesellschaft ist mittlerweile angekommen: Hartz IV heißt Mangelernährung, Armut, gesellschaftliche Ausgrenzung, Isolation. Diese Drohkulisse dürfen wir nicht unterschätzen bei Kämpfen um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Uns muss bewusst sein, je schlechter Arbeitslosigkeit abgedeckt ist, umso größer ist die Gefahr, dass Belegschaften zu Zugeständnissen erpresst werden können, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Die Haltelinien, die wir ziehen, entscheiden mit über die Kampfkraft der Belegschaften und ihre Bereitschaft zu Konzessionen.

Hartz IV mit seinen Zumutbarkeitsklauseln und Sanktionsmöglichkeiten hat mit entscheidend dazu beigetragen, dass der **Niedriglohnbereich** und die prekären ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse massiv angestiegen sind. Auch hier brauchen wir soziale Haltelinien. Dies geht nur über die Durchsetzung eines für alle Branchen gültigen gesetzlichen Mindestlohns von wenigstens 10 € in der Stunde, und zwar lohnsteuerfrei. Denn das Existenzminimum darf unserer Ansicht nach nicht besteuert werden. Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn erscheint hoch, ist aber äußerst bescheiden. Für Familien reicht es nicht. Familien mit 2 Kindern und einem Alleinverdiener sind auch bei 10 Euro auf ergänzende Hartz IV-Leistungen angewiesen. Erst bei einem Stundenlohn über 12 Euro kommt man aus Hartz IV heraus. Dies müsste unsere längerfristige Zielrichtung sein.

Dass **ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse** – Leiharbeit, Befristungen, Minijobs usw. – Belegschaften spalten und erkämpfte Errungenschaften (Tariflöhne, Kündigungsschutz usw.) zunichte machen, ist zumindest in diesen Kreisen hier bekannt und auch seit langem bekämpft worden. Wie krass aber die Auswirkungen der Krise auf diese Beschäftigtengruppe sind, spüren wir sehr heftig seit einem Jahr. Sie waren die ersten, die auf die Straße gesetzt wurden – oft sogar direkt in Hartz IV fielen, weil die Beschäftigungszeiten für ALG I nicht reichten oder die Einkommen so niedrig sind, dass ALG II höher ist als ALG I.

Das Kapital wälzt bei diesen Beschäftigungsverhältnissen ihr Risiko auf die Lohnabhängigen ab. Alle in

Jahrzehnten erkämpften Schutzrechte und tariflichen Standards werden hier unterlaufen, abgeschafft. Arbeitssklaverei und Nomadentum Tür und Tor geöffnet. Abhängig Beschäftigte werden missbraucht als Streikbrecher gegen die eigenen Klassenbrüder und –schwestern – das bedeutet eine große Schwächung gewerkschaftlicher Kämpfe.

Hier hilft auch kein Herumdoktern an Befristungs- oder Leiharbeitsgesetzen. Hier gibt es nur eins: Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Auch zum Schutze der anderen Beschäftigungsverhältnisse.

Über die **Sozialversicherungen** haben wir einen gewissen Schutz für unsere Arbeitskraft gegen die Unsicherheiten des kapitalistischen Systems erkämpft. Für uns entscheidende Grundlagen waren die paritätische Finanzierung und der Solidargedanken. Und genau darauf erfolgen jetzt gezielte Angriffe durch die neue Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag wird die unsoziale Kopfpauschale angekündigt und dass die Versicherten alle Kostensteigerungen in Zukunft alleine tragen müssen, der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird. Dies ist auch ein direkter Angriff auf unsere Einkommen. Denn die Beiträge zu den Sozialversicherungen sind keine „Lohnnebenkosten“, wie es uns immer verkauft wird, sondern Teil unseres Lohnes.

Weitere tiefere Einschnitte drohen ab Sommer 2010 – nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Außerdem soll die **Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge** vorangetrieben werden. Die These, dass Markt und Wettbewerb öffentliche Dienstleistungen verbessert, wird in der Bevölkerung kein Glauben mehr geschenkt. Ihre Erfahrungen damit waren andere – Verschlechterung der Leistungen einhergehend mit Verteuerung, Abbau der sozialen Standards bei den Beschäftigten in den privatisierten Bereichen.

Eine **Re-Kommunalisierung** bereits privatisierter Bereiche und der massive **Ausbau des öffentlichen Bereichs der Daseinsvorsorge** (also Wasser, Energie, Verkehr, Gesundheit, Pflege, Bildung usw.) könnten ein wichtiges Zukunftsprojekt der Gewerkschaften sein. Mobilisierungsfähig sowohl bei den betroffenen Einwohnern also auch bei den Beschäftigten dieser Bereiche. Es würde Beschäftigung schaffen, aber noch wichtiger – die Lebensqualität würde deutlich erhöht werden. In diesem Projekt könnten Debatten über Zukunftsvisionen einer anderen Gesellschaft entstehen, die Notwendigkeit von Vergesellschaftung unter demokratischer Kontrolle beispielhaft in der Bevölkerung bewusst gemacht werden.

Dringend notwendig ist, Antworten auf die **Klima- und Umweltkrise** zu finden. Gelingt es nicht, der Umweltverschmutzung Einhalt zu gebieten, wird das Leben auf unserem Planeten unerträglich werden. Eine Fortsetzung unseres ressourcenfressenden und ökologisch belastenden Systems wäre verheerend. Das in den Industrieländern vorherrschende Transportmodell ist mit dafür verantwortlich, also Verbrennungsmotoren, Individualverkehr, hohe Autodichte....Es bedarf eines Umdenkens – weg vom Individualverkehr – hin zum Ausbau des Öffentlichen Verkehrswesens, weg von Verbrennungsmotoren hin zu alternativen sauberen Energietechniken und dies nicht nur bei Fahrzeugen, sondern auch bei der Energieerzeugung. Notwendig ist deshalb ein **Umbau der Fahrzeugindustrie, der Stromerzeugung und der unökologischen Produktionsweisen**. Neue Mobilitätsmodelle, alternative Energien und ökologische Lebens- und Produktionsweisen schreien nach gewerkschaftlichen Gegenkonzepten.



**Aktion in Stuttgart am
17. September 2009**

Foto von Thomas
Trueten
-
arbeiter fotografie Köln

Wie sollen wir all diese schönen Forderungen, Ziele und Visionen erreichen? Und das bei dieser Politik der Gewerkschaftsführungen?

Berechtigte Fragen, aber schwierige und sicher unvollständige Antworten.

Eine wichtige Voraussetzung ist sicher, dass die Gewerkschaften wieder zu einer **gesellschaftlichen Kraft** werden, die sich nicht vor sozialen Unruhen fürchtet wie DGB-Chef Sommer, sondern diese

Unruhen als Chance sieht, eine **Gegenmacht aufzubauen** und die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der abhängig Beschäftigten zu verändern. Den Kurs von Regierung und Kapital mit zu tragen wie in den vergangenen Jahren, Jahrzehnten, ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften.

Vom IGM-Vorsitzenden, Berthold Huber, stammt der Satz: „Die Macht der IGM liegt in den Betrieben, nicht auf der Straße.“ Linke GewerkschafterInnen haben diesen Satz etwas umgewandelt in: „Die Macht der Gewerkschaften liegt in den Betrieben **und** auf der Straße.“ Es soll an dieser Stelle nicht angezweifelt werden, dass sich die Stärke der Gewerkschaften in erster Linie in den Betrieben definiert. Es wäre sogar zu wünschen, dass sich der betriebliche Widerstand gegen Massenentlassungen, Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, Betriebsverlagerungen ... verstärkt und an Radikalität und Dynamik noch zunimmt. Doch unter den Bedingungen der Krise sind gerade den rein betrieblichen Handlungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Die Stärke in den Betrieben kommt eben in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit politischen Forderungen und Perspektiven verbunden werden. Es gilt, die **Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken**. Es gilt, das **politische Streikrecht** zurück zu erobern und über einen in Etappen vorbereiteten **Generalstreik** soziale und politische Forderung durchzusetzen.

Wie das gehen soll, wollen wir morgen früh in der Arbeitsgruppe 2 diskutieren.

Doch der gesellschaftliche Widerstand kann nicht allein von den Gewerkschaften getragen werden. Es geht nur mit anderen Kräften zusammen. Wichtig ist hierbei, dass **politische Bündnisse** geschlossen werden, die den gewerkschaftlichen Kämpfen eine deutlich höhere Schlagkraft verleihen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Gewerkschaften öffnen, ihre Bündnispartner als gleichwertig akzeptieren und deren Anliegen ebenso unterstützen. Bündnisarbeit und solidarisches Handeln ist keine Einbahnstraße.

Wir brauchen sowohl breite **regionale Bündnisse** mit gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, betrieblichen Akteuren und Gewerkschaften als auch eine **bundesweite Vernetzung** dieser. Wichtig ist auch eine **Vernetzung der verschiedenen Protestbewegungen** wie Bildungstreikbewegung, Umwelt- und Ökologiebewegung, soziale Bewegungen, Friedensbewegung, betriebliche Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir müssen längerfristig lokale und vernetzte Strukturen von Protest, Solidarität und Widerstand aufbauen. Das Gefühl der Stärke wird durch solche Aktionen zunehmen.



Seit Januar dieses Jahres gibt es eine **bundesweite Vernetzung der Krisenproteste**. Erste Demonstrationen wurden im März in Berlin und Frankfurt organisiert. Sie bildeten den Auftakt für weitere Demos und Aktionen. Sie haben die erste Schockstarre nach Ausbruch der Krise gebrochen. Auch auf regionaler und örtlicher Ebene haben sich erste Krisenbündnisse gebildet, die im September in ca. 30 Städten Aktionstage durchgeführt haben.

Dies sind erste Erfolge, die aber noch weiterer Verbreiterung und Vernetzung bedürfen. Insbesondere müssen wir weitere Gewerkschaften und aktive GewerkschafterInnen zu einer Mitarbeit in den Bündnissen gewinnen.

In 2 Wochen findet hier in Stuttgart vom bundesweiten Krisenbündnis ein **Kongress** statt, auf dem weitere Aktionen beraten werden. Die **Einladungsflyer** liegen am Infotisch aus.

Die Auseinandersetzungen werden die nächsten Monate und Jahre härter werden, deshalb müssen wir andere – **kämpferische, durchsetzungsfähige Widerstandsformen** entwickeln.

Im Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließungen hilft uns kein Sozialplan oder Interessensausgleich – da bedarf es wirksamen Kampfformen wie z. B. **Betriebsbesetzungen**. Die Beispiele für erfolgreiche Betriebsbesetzungen sind zwar nicht sehr zahlreich, aber es gibt sie wieder – wie z.B. die Eisenbahnwerkstätten in Bellinzona in der Schweiz oder die Fahrradfabrik Bike Systems in Nordhausen.

Die Broschüre **"Betriebsbesetzungen als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf - Eine Studie aktueller Beispiele"** untersucht in sachlich-analytischem Stil fünf Fälle im Jahr 2008, bei denen es um den Kampf gegen Massenentlassungen und Werksschließungen ging. Wie im Titel angekündigt, wird ein besonderes Augenmerk auf die Aktionsform der Betriebsbesetzung gelegt und anhand der konkreten Erfahrungen der Frage nachgegangen, welche Voraussetzungen und Bedingungen zur Entwicklung erfolgreicher Betriebsbesetzungen notwendig sind.

Weitere Infos unter: <http://www.labournet.de/internationales/it/innseindex.html>



Eine Besetzung eines Betriebs und dessen **Weiterführung in Selbstverwaltung** zeigt allen von Entlassung bedrohten ArbeiterInnen einen Ausweg, um sich gemeinsam erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit und Elend zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig beweist ein selbstverwalteter Betrieb, dass es weder einen Fabrikbesitzer noch Aufseher braucht, um zu produzieren. Auch wenn der Versuch meist nur kurze Zeit dauert, wird mit der Betriebsbesetzung und der Organisation der Produktion durch die ArbeiterInnen selbst, die Produktionsweise der Zukunft praktiziert und sie sammeln Erfahrungen, die ihnen niemand nehmen kann. Deshalb sind solche Kämpfe nicht nur wichtig, um Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch, weil Erfahrungen gesammelt werden, die wir benötigen, wenn wir ein neues Gesellschaftssystem aufbauen wollen.

Aber auch dazu morgen früh mehr in der Arbeitsgruppe 3 über die Auswertung aktueller Kämpfe.

Viel wird davon abhängen, ob wir es schaffen, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisation für die Interessen der abhängig Beschäftigten zu machen. Um erfolgreich zu sein, sollten wir gemeinsam an folgenden 8 Problemfeldern arbeiten.

1.) wir müssen bewusst machen, dass **es keine gemeinsamen Interessen** zwischen Gewerkschaften und Kapital gibt, um aus der Krise herauszukommen. Die Lösungen des Kapitals unterscheiden sich diametral zu unseren.

2.) Wir müssen unsere **politischen Perspektiven**, unsere Forderungen und Ziele, wie ich sie hier im Referat umrissen habe, in den Gewerkschaften verankern.

3.) Wir brauchen eine **Demokratisierung** in den Gewerkschaften. Demokratische Strukturen erzeugen eine ganz andere Dynamik in Auseinandersetzungen als von oben aufgesetzte Streiktaktiken, Kampagnen oder Demos. Beispiel hierfür ist u.a. der ErzieherInnenstreik, wie er hier in Stuttgart geführt wurde.

Dazu mehr morgen früh in der Arbeitsgruppe 1.

4.) Wir müssen **die Stellvertreterpolitik** in die unterste Schublade **verbannen**, die Kolleginnen und Kollegen gewinnen, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen, sich selbst zu engagieren.

5.) Wir müssen **mit preußischen Tugenden brechen**. Z. B. mit der Obrigkeitshörigkeit. Nicht warten, bis ein Befehl von oben kommt als Voraussetzung, aktiv zu werden. Brechen müssen wir auch mit der Gesetzesgläubigkeit, d. h. nicht warten, bis eine Aktion legal ist. Wenn sie notwendig ist, muss es ohne Befehl von oben, ohne Legalisierung durchgeführt werden.

6.) Wir müssen das **Versicherungsdenken ablegen**. Gewerkschaften sind nicht da, um alle Wechselfälle des Arbeitslebens zu versichern wie Arbeitsrecht, Freizeit- / Unfallversicherung usw. Sie sind unsere Organisationen zum Kämpfe führen für unsere Interessen.

7.) Wir müssen **Mut machen, erfolgreiche Kämpfe breit bekannt machen**, aufzeigen, dass sich Kämpfen lohnt. Z.B. den Streik 1996 um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Der Kohl'sche Angriff wurde gestoppt, ein Gesetz zu Fall gebracht. Auch aktuelle Erfolge müssen wir breit veröffentlichen.

8.) **Praktische Solidarität organisieren.** Für Kämpfende Belegschaften, Tarifauseinandersetzungen in anderen Branchen, gesellschaftliche Bewegungen. Solidarisches Handeln muss wieder fühlbar werden. Dies gibt allen Seiten ungeheure Kraft.

Mit der **praktischen Solidarität** können wir gleich nächste Monat beginnen.

Im November geht der **Bildungsstreik** weiter. Am 17. November wird es einen internationalen Auftakt geben, mit Streiks und Demonstrationen in vielen Städten. Vom 30. November bis 4. Dezember soll es erneut eine Aktionswoche geben, in der dezentrale Aktionen in den Straßen und alternative Lehrveranstaltungen an den Unis stattfinden sollen. An den Wochenenden davor und danach gibt es regionale Bildungsgipfel. Der Höhepunkt der Proteste wird dann die Blockade der Kultusministerkonferenz am 10. Dezember in Bonn sein, zu der bundesweit mobilisiert wird. (Hinweis Flyer)

Am 28. November können wir die **Friedensbewegung** unterstützen. Es gibt eine Demo in Stuttgart und anderen Städten gegen die Verlängerung des Afghanistanmandates durch die Bundesregierung. Anfang Dezember steht dies zur Entscheidung an.

Die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen, dass Systemkrisen die Kriegsgefahr steigern. Das Kapital löst seine Systemkrisen durch Kriege. Kriege werden immer auf dem Rücken der Werktätigen ausgetragen. Deshalb ist notwendig, dass die Gewerkschaften zusammen mit der Friedensbewegung gegen die Verlängerung des Mandats und gegen Kriegsgefahr demonstrieren.

Ich möchte nun zum **Schluss** kommen.

Vieles konnte ich hier nur anreißen, zu komplex ist das Thema. Manche Themen werden wir morgen weiter vertiefen und diskutieren:

- Tarifpolitik in Zeiten der Krise – am Beispiel des Streiks der ErzieherInnen
- Politischer Streik – Generalstreik: In Etappen vorbereiten
- Auswertung aktueller betrieblicher Kämpfe – Perspektiven
- Wie initiieren wir eine gesellschaftliche Bewegung für Arbeitszeitverkürzung?

Ich möchte das Referat beenden mit den 2 letzten Thesen aus dem Thesenpapier der verdi-Jugend. Ich finde, diese 2 Thesen bringen vieles auf den Punkt:

Zur Lage des Systems: Acht Thesen über Krise

These 7. Die junge Generation hat keine Aktien im System.

Gerade die junge Generation hat am wenigsten Grund, das System zu retten. Denn sie hat schon lange nichts mehr zu verlieren. Die soziale Schere klafft weit auf – vor allem zwischen den Generationen. Die Jungen besitzen fast nichts: Kein Geld, keine Güter, keine Perspektiven. Praktika, Leiharbeit und unsichere Jobs sind die Regel. Wenn überhaupt. Die Jugend wird im großen Stil um ihre Zukunft betrogen.

Ein Symptom des Untergangs.

These 8. Die Zeit für eine andere Gesellschaft ist reif.

Die Geschichte ist nicht Vergangenheit, sondern ein Prozess. Der läuft auch heute noch weiter – und keine Regierung der Welt kann das auf Dauer verhindern. Nicht mit tausend „Schutzschirmen“, nicht mit Zwang und nicht mit Terror. Das Alte geht, das Neue kommt: Und die Menschen haben immer wieder aktiv bewiesen, dass auch geschichtliche Epochen und überkommene Ordnungen gehen müssen. Um etwas Neuem Platz zu machen. Etwas Anderem. Etwas, das besser funktioniert.

Die Jugend arbeitet daran. Wir werden uns die nächste Gesellschaft selbst organisieren. Denn die Zeit ist reif.



Tarifpolitik in Zeiten der Krise – am Beispiel des Streiks der ErzieherInnen

Bernd Riexinger Geschäftsführer ver.di Bezirk Stuttgart

Da der Beitrag von Bernd Riexinger nicht in schriftlicher Form vorliegt, veröffentlichen wir an dieser Stelle einen Artikel von ihm zu diesem Thema aus der Jungen Welt, der die Inhalte des Referates enthält.



14.08.2009 / Thema / Seite 10

Streik trotz Krise

Hintergrund. Der Kampf der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Eine erste Bilanz

Bernd Riexinger und Cono Hägele

Der Streik der Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen zeigt, dass eine Gewerkschaft auch in der Krise für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken kann. Eine neue, für Streiks im öffentlichen Dienst eher untypische Berufsgruppe hat entschlossen und relativ geschlossen für ihre Interessen gekämpft. Der Streik nahm von Anfang an politischen Charakter an und war verschränkt mit der Forderung nach besserer Kinderbetreuung und einem besseren Bildungssystem. Nicht alle Chancen wurden dabei genutzt. Das Ergebnis ist bei den Mitgliedern umstritten. Das Urabstimmungsergebnis liegt erst am 15. August vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass es eine hohe Zahl von Neinstimmen gibt und die Verhandlungsführung ein Legitimationsproblem für den Abschluss bekommt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 21. August 2009.

Hintergrund des Streiks

Mit der Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVÖD), der in vielerlei Hinsicht auch ein Absenkungstarifvertrag war, wurde eine Verhandlungsverpflichtung über eine neue Entgeltordnung (Eingruppierung) vereinbart. Die Verhandlungen darüber kamen und kommen nicht vom Fleck. Im Prinzip hat ver.di bis heute kein geschlossenes und in der Basis unumstrittenes Konzept entwickelt, und die Arbeitgeber wollten die Verhandlungen zur Absenkung des Eingruppierungsniveaus nutzen. Für die Beschäftigten, die im TVÖD eingestellt wurden, ergaben sich insbesondere durch den Wegfall der Bewährungsaufstiege gewaltige Differenzen zum alten BAT. Errechnet wurde, dass der Differenzbetrag für eine Erzieherin in der Entgeltgruppe 6 zu den im Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) überführten Kolleginnen in der EG-8 aufs Berufsleben gerechnet ein Minus von 135000 Euro beträgt. Eine Zahl, die nebenbei bemerkt den Kritikern am TVÖD, zu denen auch der ver.di-Bezirk Stuttgart gehörte, recht gibt. Bei der Tarifaueinandersetzung galt es also erstens zu erreichen, dass diese Schere geschlossen wird und zweitens, dass die Sozial- und Erziehungsdienste deutlich aufgewertet werden. Ver.di hatte sich entschlossen, mit den Beschäftigten einen exemplarischen Kampf um eine bessere Eingruppierung zu führen. Diese Entscheidung war richtig und ist hoffentlich ein zukunftsorientiertes Beispiel dafür, dass Erfolge bei der Aushandlung einer neuen Entgeltordnung ohne Mobilisierung der Mitglieder und Beschäftigten kaum erreicht werden können.

Voraussetzungen waren günstig

Die Voraussetzungen, mit dieser Berufsgruppe zu streiken, waren günstig. Sie ist für die Verhältnisse im öffentlichen Dienst relativ hoch organisiert, zumindest in den Großstädten. Das Ansehen der Erziehungs- und Sozialberufe in der Gesellschaft ist hoch, und es gehört fast schon zum Volkswissen, daß für diese gesellschaftlich anerkannte und wichtige Tätigkeit sehr geringe Löhne bezahlt werden. Alle relevanten Parteien sind für eine Verbesserung der Kinderbetreuung und Bildung. Gleichzeitig ist

die Misere in diesen Bereichen besonders groß, so dass sich durchaus die Interessen der Eltern und Erzieher/innen miteinander verbinden ließen. Die miese Bezahlung hängt außerdem damit zusammen, dass es sich um eine Branche handelt, in der überwiegend Frauen beschäftigt sind. Darüber hinaus konnte ver.di hoffen, die gewerkschaftliche Verankerung und den Organisationsgrad weiter verbessern zu können. Vor der Auseinandersetzung musste jedoch noch ein Hindernis überwunden werden. Die Eingruppierung war nicht streikfähig, weil hier noch Friedenspflicht herrschte. Dieses Problem wurde mit der Forderung nach einem Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz umgangen.

Thema Gesundheitsschutz

Die Forderung nach einem Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz war am Anfang ein Begleitthema zum eigentlich wichtigen, der Eingruppierung. Im Prinzip war der Tarifvertragsentwurf von ver.di höchst begrenzt. Er sah im Kern das einklagbare Recht auf eine Gefährdungsanalyse vor, und für den Fall, dass sich Arbeitgeber und Personalrat nicht über die Maßnahmen einigen können, müssen paritätisch besetzte Kommissionen eingerichtet werden. Zuerst waren dafür die Personalräte vorgesehen, später wurde dies umgewandelt in Vertreter/innen der Gewerkschaft. Im Verlauf des Konfliktes zeigte sich bald, dass das Thema Gesundheitsschutz bei den Beschäftigten hoch besetzt war und ist. Viele Erzieher/innen leiden unter dem andauernden Lärm, dem permanenten Personalmangel und der hohen psychischen und physischen Belastung. Bei den Sozialarbeiter/innen ist letzteres ebenso der Fall. Die meisten können sich nicht vorstellen, halbwegs gesund das Rentenalter von 67 Jahren zu erreichen. Die Forderung nach einem Tarifvertrag Gesundheitsschutz hat die Mobilisierung für den Arbeitskampf befördert, obwohl die für die Beschäftigten absolut wichtigste Forderung, nämlich der zu geringe Personalschlüssel, nicht Gegenstand der Auseinandersetzung war. Viele Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen schilderten jedoch auf den Streikversammlungen und Kundgebungen, wie sie unter den Arbeitsbedingungen, insbesondere unter der mangelnden Personalausstattung und der häufig nicht funktionierenden Vertretungsregelung, leiden. An diesem Punkt gab es ebenfalls eine Interessenskoalition mit den Eltern, die für eine bessere Personalausstattung sind.



Enger Zeitplan, hohe Mobilisierung

Der Zeitplan für Warnstreiks, Urabstimmung und Streik war sehr eng bemessen. Einerseits musste mit den Arbeitgebern über den Gesundheitsschutz verhandelt werden, andererseits bestand die Absicht, den Konflikt noch vor der Sommerpause zu beenden. Trotz dieses engen Zeitkorsetts war die Beteiligung bei den Warnstreiks in der ersten Mai-Woche überraschend hoch. In Stuttgart gingen 2 500 Erzieher/innen auf die Straße, 130 von 189 Einrichtungen waren geschlossen. Auch in den Landkreisen des Umlandes war die Streikbeteiligung deutlich höher als in den Jahren zuvor. Es gab also keinen Zweifel, dass die Urabstimmung ein hohes Votum für Streik ergeben würde. Tatsächlich stimmten dann über 90 Prozent der Mitglieder für Streik, obwohl der Urabstimmungszeitraum relativ kurz gehalten wurde. Es ist zu beachten, dass die Einrichtungen aufgesucht werden mussten. Nur so konnte eine hohe Beteiligung sichergestellt werden. Eine große Schwäche waren in den vergangenen Jahren die ländlichen Bereiche. Dazu gehörten auch viele Kreis- und Mittelstädte. Wenn es den Bezirken gelungen ist, bereits bei der Urabstimmung die Einrichtungen in den Landkreisen aufzusuchen, führte das in aller Regel zu einer deutlich höheren Streikbeteiligung. Das ist leider bei weitem nicht überall gelungen.

Hohe Dynamik und langer Atem

Trotz dieser Handicaps gewann der ab Mitte Mai ausgerufen Streik schnell an Fahrt. Überall in den Großstädten war die Streikbeteiligung sehr hoch. 30000 bis 40000 Streikende waren zumindest an den gemeinsamen bundesweiten Streiktagen auf der Straße. Nachdem am Anfang einige Bezirke euphorisch drauflos streikten, wurde schnell eine Streikstrategie gewählt, die von einem mehrmonatigem Konflikt ausging. Erfahrungshintergrund dabei war der Streik im öffentlichen Dienst 2006. Dort streikten die Kollegen/innen in Mannheim bei hervorragender Streikbeteiligung im Jugendamt vier Wochen am Stück. Danach ging ihnen die Puste aus, aber der Arbeitskampf hatte bis dato noch zu keinem Ergebnis geführt. Außerdem hatte man durch diese Streikführung fast sämtliche Eltern gegen sich aufgebracht. Deshalb wurde sinnigerweise eine Strategie der tageweisen Streiks gewählt, die von Woche zu Woche gesteigert werden sollten. Gleichzeitig wurde den Bezirken eigener Gestaltungsspielraum eingeräumt. Das war eine richtige Entscheidung, wenn es auch dazu führte, dass einzelne Bezirke zwei oder gar drei Wochen am Stück streikten und danach ziemlich platt waren. Trotz einiger Einschränkungen hat diese Strategie funktioniert. Weder war größeres Abbröckeln erkennbar, noch wäre es unmöglich gewesen, im September die Streiks unbefristet fortzusetzen. Zwar haben wir keinen Überblick, wie die Streikführung in den einzelnen Bezirken ausgesehen hat, aber in vielen Fällen wurden die Arbeitskämpfe in den öffentlichen Raum getragen und mit vielfältigen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen verbunden.



Im Bezirk Stuttgart wurde insgesamt 16 Tage gestreikt. An jedem Streiktag wurde mindestens eine öffentliche Aktion oder eine Demonstration und Kundgebung durchgeführt. Dabei wurde bei jeder zweiten Demonstration in die Landkreise gefahren, so dass es in jeder Kreisstadt und in einigen Mittelstädten aufsehenerregende Aktionen mit 1000 bis 2000 Teilnehmer/innen gegeben hat. Teilweise schlossen sich auch Eltern mit ihren Kindern an. Den Streikenden in den Landkreisen, die häufig erhebliche Konflikte mit ihren wenig arbeitskampferfahrenen Bürgermeistern auszutragen hatten, wurde damit der Rücken gestärkt. Das war eine Ursache dafür, dass in der Region Stuttgart eine hohe und über die ganze Streikdauer stabile Beteiligung nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern auch in den Landkreisen zu verzeichnen war. Eine unübersehbare Stärke gegenüber den Streiks der vergangenen Jahre.

Jeden Tag wurde eine gemeinsame Streikversammlung mit zirka 1200 bis 1500, in den Höhepunkten 2000 Teilnehmer/innen durchgeführt, auf der Bilanz gezogen und die weitere Vorgehensweise besprochen wurde. Das Mikrophon war für alle offen. Die Beschäftigten haben somit den Arbeitskampf als ihre eigene Sache wahrgenommen und gestaltet. Die öffentlichen Aktionen und Demos waren sehr lebendig. Die Beschäftigten führten eigene Sketche auf, arbeiteten gemeinsame Redebeiträge aus, malten viele Plakate und Transparente. Auch öffentliche Performances mit Musik gaben den Aktionen etwas Lebendiges, Bunt und weckten große Sympathie bei großen Teilen der Bevölkerung.

Einige Höhepunkte

Ein bundesweiter Höhepunkt war zweifellos die zentrale Demonstration von 30 000 Streikenden in Köln am 15.6.2009. Beeindruckend war nicht nur die Zahl der Teilnehmer/innen, sondern auch die Beteiligung aller im Bundestag vertretenen Parteien (ausgenommen FDP) mit prominenten Redner/innen. Darunter auch Gregor Gysi von der Partei Die Linke, der am meisten Beifall einheimen

konnte. Überraschend die nahezu uneingeschränkte, zumindest verbale Solidarität von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). Zweifellos darf man diese Reden nicht überbewerten, aber sie zeigen doch, daß die Forderungen der Beschäftigten von den politischen Parteien weder ignoriert, noch öffentlich kritisiert werden konnten. Nur eine Woche später, am 22.6.2009, versammelten sich über 6000 Streikende aus den südwestlichen Ländern zu einer imponierenden Demonstration und Kundgebung in Mannheim.

Aus Stuttgarter Sicht sind zwei Ereignisse herauszuheben: Der gemeinsame Streiktag mit 1000 Verkäufer/innen aus ganz Baden-Württemberg am 10.6.09 und der Bildungstreiktag am 17. Juni. Es war ein imposantes Bild, als sich vor dem Stuttgarter Gewerkschaftshaus 1000 Beschäftigte des Einzelhandels, die zuvor eine Auftaktkundgebung am Hauptbahnhof veranstaltet hatten, und 2000 Erzieherinnen zu einer gemeinsamen Demonstration durch die Stuttgarter Innenstadt vereinten. Auf der Abschlusskundgebung wurden von allen Redner/innen die gemeinsamen Interessen hervorgehoben.

Nahezu überwältigend war nur eine Woche später, am 17.6., der Bildungstreik zusammen mit den Schülern und Studenten/innen. Auch an diesem Tag vereinigten sich 13000 Schüler/innen und Studenten/innen mit 2500 Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen zu einer gemeinsamen Demonstration und Kundgebung. Manche Beschäftigte streikten erstmals zusammen mit ihren Kindern für ein besseres Bildungssystem. Nach Berlin war es die größte Demonstration bundesweit. Die Zusammenarbeit mit den Aktiven des Bildungstreikes ist bis heute hervorragend, und im Stuttgarter Bündnis »Krisenproteste arbeiten beide konstruktiv und wirkungsvoll zusammen. Leider war dies eine Ausnahme, obwohl ver.di die Bildungstreiks auch auf Bundesebene begrüßt und unterstützt hat.

Medien und Eltern

Die Streiks bei den Sozial- und Erziehungsdiensten erhielten große Aufmerksamkeit in den regionalen und überregionalen Medien. Der Streikauftritt war auf den Titelseiten der meisten Zeitungen, und die Bezahlung und Arbeitsbedingungen vor allem der Erzieher/innen waren Thema in den Talkshows. Bis zum Schluss überwog die positive Berichterstattung. Natürlich wissen auch die Beschäftigten, dass die Medien einem vorhersehbaren Muster folgen: Zuerst werden die zu schlecht bezahlten Erzieher/innen in den Vordergrund gerückt, danach die unter dem Streik »leidenden« Eltern. Wenn auch die Medien diesem Muster folgten, so doch weitaus verhaltener und differenzierter als bei anderen Streiks im öffentlichen Dienst.

Die Eltern blieben bis zum Schluss wichtige Bündnispartner der Streikenden. Nahezu uneingeschränkt standen die Elternvertretungen hinter den Forderungen nach höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen. Beim Streik hingegen schieden sich die Geister. Ein Teil der Eltern, darunter natürlich auch FDP-Wähler, Selbständige und notorische Gewerkschaftsgegner, waren massiv gegen den Streik. Insbesondere Mitglieder des Bildungsbürgertums engagierten sich hierbei und fanden auch den entsprechenden Zugang zu den Medien. Die meisten Eltern hatten jedoch vollstes Verständnis für die Streikenden, ein Teil solidarisierte sich offen und organisierte Aktionen für bessere Betreuung und die Schaffung von mehr Tageseinrichtungsplätzen. Die Proteste der Eltern, die zum Teil natürlich auch in eine echte Notlage geraten sind, richteten sich in weitaus höherem Maße gegen die Rathausverantwortlichen als gegen die Gewerkschaft ver.di. So formuliert es auch der Verband kommunaler Arbeitgeber: »Die Eltern haben sich nahezu ausnahmslos hinter die Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher gestellt (...)« (VKA-Tarifinfo vom 29.7.2009).

Das Ergebnis – kein Durchbruch

Am 27. Juli wurde den zirka 300 Streikdelegierten das vorläufige Verhandlungsergebnis präsentiert. Übermüdete Verhandlungsführer stellten es nach einem 36stündigen Verhandlungsmarathon dar. Nicht für alle ausgehandelten Ergebnisse konnte eine nachvollziehbare Präsentation vorgelegt werden, aber zumindest für die wichtigsten. Das Ergebnis ist sehr komplex und an dieser Stelle nur grob darstellbar. Beim Gesundheitsschutz konnte das Recht auf eine Gefährdungsanalyse vereinbart werden. Es können zwar paritätisch besetzte Kommissionen eingerichtet werden, aber bei unterschiedlichen Auffassungen über die Maßnahmen muss eine Mehrheit der Arbeitgebervertreter/innen zustimmen. Also nichts Erzwingbares, maximal hat man damit den Fuß in der Tür.

Bei der Eingruppierung wurde eine neue Tabelle mit 18 Entgeltgruppen vereinbart. Damit haben die Arbeitgeber erreicht, dass das bestehende Tarifgefüge im TVÖD nicht durchbrochen wurde. Am

meisten profitieren die jüngeren Erzieher/innen, die nach Einführung des TVÖD eingestellt wurden und werden. Für sie wurde der Abstand zum ehemaligen BAT wieder hergestellt und zum Teil verbessert. Das macht im Übrigen deutlich, in welchem hohem Maße der TVÖD ein Absenkungstarifvertrag ist. Erfolge gab es auch bei den Sozialarbeiter/innen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), für die eine neue Gruppe eingeführt wurde. Langjährige Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen (insbesondere in den besser bezahlenden Großstädten), die vom BAT in den TVÖD überführt wurden, bekommen entweder nur eine geringe Erhöhung oder gar keine. Das Gleiche gilt für langjährige Leiter/innen von Kindertageseinrichtungen. Auch für diese streikwichtige Gruppe ist das Ergebnis bescheiden. Weder bei den Streikdelegierten noch auf den anschließenden Versammlungen wurde das Ergebnis positiv aufgenommen. Kein Durchbruch war die nahezu einhellige Meinung. Trotzdem stimmte eine deutliche Mehrheit für das Verhandlungsergebnis. Sechs von zehn Bezirken in NRW stimmten dagegen, ebenso wie alle Delegierten des Bezirks Stuttgart. Begründung der Mehrheit: Das derzeitige Kräfteverhältnis würde nicht mehr hergeben.

Kontroverse Bewertung

Die Hauptbegründungen für die Zustimmung: Die Arbeitgeber seien seltsam unbeeindruckt von der Streikstärke von ver.di. Das Verhandlungsergebnis würde demnach das aktuelle Kräfteverhältnis widerspiegeln. Wenn wir mehr erreichen wollten, müssten wir im Herbst auch zahlenmäßig deutlich zulegen. Bis dato war der Streik auf jeder Ebene gut geführt und auch gut rückgekoppelt. Mit der Einführung der Streikdelegiertenkonferenzen wurde ein demokratisches Forum geschaffen, das eine direkte Rückkoppelung zu den Streikleitungen vor Ort ermöglichte. Aber die Zustimmung zu dem Verhandlungsergebnis erfolgte unter dem Eindruck eines wenige Stunden zuvor zu Ende gegangenen Verhandlungsmarathons. Die Entscheidungen wurden in wenigen Stunden getroffen, ohne vorherige Rückkopplung zu den Streikenden oder einem nennenswerten Teil von ihnen. Eine wirklich differenzierte Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der Streikmöglichkeiten für September konnte nicht vorgenommen werden.

Die Organisation hatte sich im Prinzip darauf eingestellt, dass Baden-Württemberg und Bayern (deren Sommerferien erst Ende Juli begonnen hatten) in reduzierter Form im Juli streikten, dann die Bundesländer, die aus den Sommerferien zurückkommen, ebenfalls gebremst die Streiks im August wieder aufnehmen und dann ab Mitte September mit geballter Kraft unbefristet, aber mindestens bis zur Bundestagswahl gestreikt wird. Diese Strategie war durchaus realistisch. Es war nie die Rede davon, dass mehr Beschäftigte mobilisiert werden können. Das ist nach 16 Wochen Konflikt kaum möglich. Der zusätzliche Druck sollte durch die Länge (unbefristeter Streik) aufgebaut werden. Aus Sicht des Stuttgarter Bezirkes war das völlig realistisch. Die Eltern hatten unter der Drohung des unbefristeten Streiks im September ihren Druck auf die Rathäuser deutlich erhöht. Zumindest in Baden-Württemberg waren diese außerordentlich beeindruckt, und die Nervosität der Rathausverantwortlichen wurde spürbar größer. Auch in den Landkreisen war nichts davon zu merken, dass die Streikbereitschaft nachlassen würde. Politisch hätte im Vorfeld der Bundestagswahl das Thema Kinderbetreuung und Bildung offensiv in die Öffentlichkeit gebracht werden können.

Ob die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Streiks in den meisten Bezirken vorhanden gewesen wären, das hätte ohne Zeitdruck gründlich mit den Akteuren diskutiert werden müssen. Bei einer Erklärungsfrist bis 21. August gab es keinen wirklichen Zeitdruck. So bleibt zumindest bei uns der Eindruck zurück, dass wir unter unseren Möglichkeiten abgeschlossen haben. Sollte die Zustimmung bei der Rückurabstimmung unter 50 Prozent liegen, gerät ver.di in einen Legitimationskonflikt, über dessen Auflösung in einer möglichst breiten und offenen Diskussion entschieden werden sollte.

*Bernd Riexinger ist Geschäftsführer von ver.di Stuttgart,
Cono Hägele ist ver.di-Bezirkssekretär und Mitglied der
Stuttgarter Streikleitung*



Das politische Streikrecht – wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen

Werner Sauerborn, Referent für Grundsatzfragen des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg

Der Forderung nach politischem Streikrecht oder Streiks haftet in der deutschen politischen Diskussion etwas Verruchtes, Illegales, Umstürzlerisches an, während dies in anderen Ländern Teil wirtschaftlicher Normalität ist. Auch wenn Bundeskongresse von ver.di und jüngst der IG BAU sich zum politischen Streikrecht bekannt haben, gilt der politische, also nicht gegen Arbeitgeber oder Arbeitgeberverbände, sondern gegen den Staat bzw. den Gesetzgeber gerichtete Streik bis tief ins gewerkschaftliche Denken hinein als illegitim.

Woher kommt diese Einschränkung unserer Handlungsmöglichkeiten und warum müssen wir uns gerade jetzt von ihr befreien?

Rückblick: Streikrecht und politisches Streikrecht

Der Kampf um das Streikrecht ist so alt wie die ArbeiterInnenbewegung. Dabei war es *nie ein Ziel für sich*, sondern wurde Stück für Stück, immer in Verbindung mit und als Instrument für inhaltliche Ziele erweitert, erkämpft - teilweise auch wieder verloren, wie im Zeitungsstreik 1952, bei dem mit dem Kampf um eine erweiterte Betriebsverfassung auch der Kampf um das politische Streikrecht verloren ging (s.u.).

Bis dahin ging es immer um ein *universelles Streikrecht*, das erkämpft wurde sowohl entlang ökonomischer Auseinandersetzungen, wie dem Kampf um den 8-Stunden-Tag, um Lohnerhöhungen oder Massenentlassungen als auch entlang politischer Forderungen wie dem allgemeine Wahlrecht, der Verteidigung der Demokratie (12 Mio. 1920 gegen Kapp-Putsch) oder gegen steigende Preise (9 Mio. in Hungerstreiks November 1948). Das ganze Spektrum der Streiks vor dem ersten Weltkrieg vom Bergarbeiterstreik in Pennsylvania 1900 bis zum Kampf von 100 000 ArbeiterInnen in Petersburg für politische Freiheiten und den 8-Stunden-Tag, in dem sich politische und arbeitgeberbezogene („ökonomische“) Elemente oft verschränken, beschreibt Rosa Luxemburg in ihrer Rede auf der Generalversammlung der Freien Gewerkschaften 1910 in Hagen („Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften“).

Die politischen Debatten dieser Zeit drehten sich nicht um die Legitimität politischer Streiks, sondern erstens um die Frage, ob das Streikrecht zuvörderst ein Instrument und Machtmittel der politischen Parteien der Arbeiterbewegung oder eins der Gewerkschaften sind („Massenstreikdebatte“), und zweitens um die Frage der Organisation: setzen Streiks die Organisiertheit der Arbeiterbewegung voraus, wie es die Leninisten vertraten, oder zeigen Streiks als spontaner Ausdruck eines Massenwillens, dass Avantgardeorganisationen entbehrlich sind, dass Streiks gar das Ziel selbst sind, wie es Bakunin bzw. die Anarchisten sahen, oder entwickeln sich die Organisationen der Arbeiterbewegung, bzw. das Verständnis für ihre Notwendigkeit in dialektischer Weise erst im Streik, wie es Rosa Luxemburg vertrat?

Auf diese Weise erkämpft, fand das Streikrecht als universelles Recht (mit spezifischen Einschränkungen, wie z.B. im Beamtenrecht) Eingang in das moderne Verfassungsrecht. Es ist Standard in den Verfassungen fast aller demokratischen Industrieländer (in Europa überall, außer in Dänemark und Großbritannien), es ist indirekt, aber unbestritten in der Weimarer Verfassung wie im Grundgesetz und übrigens auch in der europäischen Sozialcharta und dem EU-Verfassungsvertrag verankert (Hensche 2004, 2006).

Dass in Deutschland nach 1952 dennoch das politische Streikrecht via allgemein akzeptiertem Richterrecht untersagt wurde, ist eine vordemokratische Einschränkung eines Grundrechts und wird auch immer öfter von unverdächtiger Seite als solche bewertet. So sieht eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags von 2006 im deutschen Arbeitskampfrecht einen Verstoß gegen die Europäische Sozialcharta. Die ILO wertet seit langen und bei vielen Gelegenheiten das deutsche Verbot politischer Streiks als Verstoß gegen die ILO-Prinzipien (Butterwegge 2008).

Der verfassungsrechtliche Blick auf die Geschichte des (politischen) Streikrechts ist wichtig, weil er die Maßstäbe zurecht rückt: Die Forderung nach politischem Streikrecht ist keine Maßlosigkeit und kein linksradikale Phrase, sondern ein Grundrechtsanspruch, der Versuch einen vordemokratischen

Misstand zu überwinden und zur demokratischen Normalität zurückzukehren. Für die wesentliche, nämlich politische Frage, wie wir diese Einschränkung unserer Handlungsmöglichkeit überwinden und das politische Streikrecht wieder zurückgewinnen können, ist von Interesse wie und unter welchen Rahmenbedingungen wir es verloren haben.

Die Niederlage im Kampf um die Betriebsverfassung

1952 kann als das Schlüsseljahr angesehen werden, in dem sich der Klassenkompromiss der Nachkriegszeit, später Rheinischer Kapitalismus genannt, herauschälte. Ging es in den ersten Nachkriegsjahren noch um die Systemfrage, so konnte diese spätestens 1952 als entschieden gelten. Unterstützt von der amerikanischen Besatzungsmacht war es den alten Machteliten und Altbesitzern gelungen, die Verfügungsmacht über die industrielle Produktion und mit den Schlüsselfiguren Adenauer und Erhard auch die politische Hegemonie zurückzugewinnen. In den Auseinandersetzungen des Jahres 1952 ging es bereits nur noch um die Frage des relativen Einflusses der Gewerkschaften im wieder sattelfesten Kapitalismus.

Die Bühne für diese Auseinandersetzung war der Kampf um ein neues Betriebsverfassungsgesetz. Das Kabinett Adenauer hatte Gesetzesentwürfe vorgelegt, die sogar noch hinter die Betriebsverfassung der Weimarer Republik zurückfielen und die Spaltung in Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsrecht vorsahen (Schmidt 1978, S. 41 ff). Der DGB wollte sich nicht noch weiter abdrängen lassen und beschloss gegen dieses Gesetz bis hin zum (politischen) Streik zu mobilisieren. Adenauer warnte den DGB-Vorsitzenden Christian Fette (Hans Böckler war ein Jahr zuvor gestorben), mit dem klassischen Argument gegen den politischen Streik, „der Parlamentsmehrheit den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen“. Die Arbeitnehmer sollten ihre politische Einflussnahme auf die Stimmabgabe bei Wahlen beschränken (Lucy Redler, 2004, S. 39). Die Belegschaften schienen ein gutes Gespür für die historische Dimension dieser Auseinandersetzung zu haben und beteiligten sich weit über die Erwartungen hinaus an den Protesten und Warnstreiks (350 000 TN Mitte Mai, weitere Hunderttausende im Juni). Aus dieser Protestbewegung entwickelte sich – typisch für den Zusammenhang von Massenbewegungen und politischem Streik – vom 27. bis 29. Mai der Streik der Drucker und Setzer. Bereits im Vorfeld hatten die Arbeitgeber mit massiven Schadensersatzforderungen gedroht: der Streik sei illegal, weil politisch.



Buch von Lucy Redler:
"Politischer Streik in Deutschland nach 1945"

14,- Euro
bestellbar über SAV,
Littenstr. 106 / 107,
10179 Berlin
oder per Mail:
info@sav-online.de

Unter dem Eindruck dieser Drohungen und auf eine vage Verhandlungszusage von Adenauer hin, brach die DGB-Führung den Streik ab. Ein lehrbuchmäßiger Fehler, der die Niederlage einleitete. Adenauer hielt die Gewerkschaften mit belanglosen Verhandlungen bis eine Woche vor der entscheidenden Bundestagssitzung hin, um dann, ohne dass die Gewerkschaften die Chance gehabt hätte, die Mobilisierung wieder aufzunehmen, seine Version des Betriebsverfassungsgesetz im Parlament beschließen zu lassen.

Um die Niederlage der Gewerkschaften bei dieser guten Gelegenheit auch noch auf die Frage des politischen Streikrechts auszudehnen, reichten die Arbeitgeber Schadensersatzklagen ein, obwohl es sich beim Zeitungsstreik zwar um einen politischen, aber nach nur zwei Tagen nicht um einen Erzwingungsstreik, sondern eher um einen Demonstrationsstreik gehandelt hatte, der auch noch weit von einem branchenübergreifenden Generalstreik entfernt war. Diese Klagen flankierten sie mit aufwendigen Gutachten der (nazibelasteten) Verfassungsrechtler Ernst Forsthoff und später Carl Nipperdey, gegen die der DGB ein Gutachten von Wolfgang Abendroth ins Feld führte.

Die restaurative Rechtswissenschaft war längst wieder mainstream, die gewerkschaftliche Mobilisierung war abgesagt, so dass die Gerichte, einschließlich des BAG, sich im Wesentlichen der Arbeitgebersicht anschlossen. Die Niederlage der Gewerkschaften war komplett und wurde von diesen als künftige Geschäftsgrundlage auch anerkannt. So formulierte Walter Freitag, der dem wegen seiner desaströsen Strategie im Kampf um die Betriebsverfassung abgelösten Christian Fette als DGB-Vorsitzender gefolgt war, in seiner Neujahrsansprache 1953: „Der DGB erneuert seine Bereitschaft zur loyalen Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern. Die Gewerkschaften wünschen (!) aber ausdrücklich, dass jeder

Klassenkampf von oben aufhört. Andernfalls werden die nächsten Bundestagswahlen zeigen, wie sich das Verhalten der Unternehmer auszählt.“

So eindeutig die Niederlage beim Primärziel Mitbestimmung und beim Mittel-zum-Zweck-Ziel politischer Streik war, so markiert das Jahr 1952 dennoch nicht den Untergang der Arbeiterbewegung, sondern schreibt vielmehr das Niveau eines Klassenkompromisses fest, in dessen Rahmen sich die Republik in den folgenden zwanzig bis dreißig Jahren bewegte. Die Mitbestimmung wurde nicht abgeschafft, sondern auf das Niveau von Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz beschränkt (Ausnahme Montanmitbestimmung). Das politische Streikrecht wurde zwar abgeschafft, das tarifliche aber ausdrücklich anerkannt, womit auch das Prinzip der Tarifautonomie und damit verbunden die weitgehende Anerkennung von Einheitsgewerkschaft und Flächentarifvertrag ebenso zur Geschäftsgrundlage des später so genannten Modells Deutschland oder Rheinischen Kapitalismus wurden.

Rheinischer Kapitalismus ohne politisches Streikrecht

Dass der Kompromiss von 1952 eine solche historische Rolle spielen konnte, lag daran, dass beide Seiten ihn akzeptieren konnten, weil er ihnen vor dem Hintergrund der ökonomischen Wachstumsbedingungen in den Folgejahren relative Vorteile verschaffte. Die Gewerkschaften konnten in diesem Rahmen tarifliche Verbesserungen in Form von Reallohnsteigerungen und deutlichen Verkürzungen der Arbeitszeit (Wochenarbeitszeit, freier Samstag, Urlaubsverlängerungen) durchsetzen, die Massenarbeitslosigkeit konnte durch die Arbeitszeitverkürzungspolitik gebannt werden, der Sozialstaat wurde ausgebaut. Die Arbeitgeberseite hatte Ruhe an der sozialen Front, störende Streiks waren selten, die kapitalistische Restauration konnte sich unbehindert vollziehen und mit Flächentarifen und Einheitsgewerkschaften konnten die Arbeitgeber gut leben, weil und solange ein entscheidendes Kriterium erfüllt war, dass nämlich alle Konkurrenten auf den Warenmärkten den gleichen Tarif- und Sozialstandards unterworfen waren, wie jeder von ihnen selbst.

Dass dieser Kompromiss solange Bestand haben konnte, erklärt sich auch dadurch, dass beide Seiten auch die mit ihm verbundenen Einschränkungen akzeptierten, ja sich zu Eigen machten. So die Gewerkschaften vor allem den Verlust des politischen Streikrechts. Dass der politische Streik verboten sei, dürfte immer noch zum fest verankerten gewerkschaftlichen Selbstverständnis der meisten haupt- und ehrenamtlichen FunktionärInnen gehören.

Klassenkompromiss aufgekündigt

An Verträge, auch an politische muss man sich sicher halten, Schattenseiten eingeschlossen. An Zugeständnissen aber auch dann noch festzuhalten, wenn die Gegenseite den Vertrag bereits aufgekündigt hat und man nicht mehr von dessen Vorteilen profitiert, ist ein Fehler oder eine Dummheit.

Eben dies ist beim politischen Streikrecht der Fall: Der Klassenkompromiss des Rheinischen Kapitalismus ist perdue. Die Arbeitgeberseite, die „politische“ Klasse, hat ihn aufgekündigt. Die Arbeitgeber verlassen die Arbeitgeberverbände, entziehen sich der Bindungswirkung von Flächentarifen, puschen gelbe Gewerkschaften und antigewerkschaftliche Listen bei Mitbestimmungs- oder Sozialwahlen. Spätestens mit der rot-grünen Agendapolitik werden die Fundamente des Sozialstaatskompromisses angegriffen, indem die Parität der sozialen Sicherungssystemen aufgekündigt, ein Niedriglohnsektor etabliert wird, der den Zweck, zumindest den objektiven Effekt hat, die Tarfmächtigkeit der Gewerkschaften zu unterlaufen. Der Abbruch der Arbeitszeitverkürzungspolitik und ihre Ersetzung durch Arbeitszeitverlängerungen (tariflich, Rente mit 67) hat Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung gemacht, die die Gewerkschaften zusätzlich in die Defensive getrieben hat.

Auf den historischen Umbruch, den diese Vertragsaufkündigung darstellt, reagieren die Gewerkschaften nicht, indem sie ihrerseits auf die Grundlinie zurückkehren, indem sie etwa ihre „Konzession“, den Verzicht auf das politische Streikrecht, aufkündigen, sondern indem sie die Vertragskündigung quasi nicht annehmen und – mal bittend, mal ultimativ – eine Rückkehr zu den Grundlagen des Kompromisses fordern.

Diese Hoffnung hat bereits in den letzten Jahren getrogen. Ihr weiter anzuhängen wird die Gewerkschaften gerade unter den Bedingungen der Krise immer mehr zu Statisten, bestenfalls Co-Managern einer weiteren Umverteilung von unten nach oben machen. Die gewerkschaftliche Hoffnung auf eine Wiederherstellung der alten Bedingungen basieren auf einem Missverständnis der

Beweggründe der Gegenseite, sich von dieser Geschäftsgrundlage zu verabschieden. Die Gründe für die Vertragskündigung der Arbeitgeber liegen nicht im Subjektiven, in der Gier etwa (hatten sie die vorher nicht?) oder in einer neuen Ideologie (fällt der Neoliberalismus vom Himmel?), sondern im Umbruch, ja der Revolutionierung der ökonomischen Rahmenbedingungen seit den achtziger Jahren, also in der materiellen Basis des Kapitalismus. Die kapitalistische Konkurrenz findet national wie global in völlig neuen Strukturen und Märkten statt. Die Gewerkschaften können inzwischen eine für die Arbeitgeber wichtige Zusage nicht mehr einhalten, dass sie nämlich die ihnen abverlangten Standards auch für alle Konkurrenten gleichermaßen garantieren. War im Rheinischen Kapitalismus die Einhaltung eines Flächentarifvertrags für den Arbeitgeber kein Problem, weil er für seine Konkurrenten im Prinzip auch galt, wird sie heute zu einem spürbaren Konkurrenznachteil. Konnte vorher mit Flächentarifverträgen der Lohn aus der kapitalistischen Konkurrenz herausgehalten werden, ist er heute, wo die Tarife nur noch Teile oft globaler Branchen abdecken, in den Mittelpunkt des kapitalistischen Wettbewerbs geraten.

Die Einhaltung von Sozial- und Arbeitsbedingungen aus Tarifverträgen war für das Kapital noch nie eine Frage der Moral. Jetzt ist sie zu einem Wettbewerbsrisiko geworden, von dem man sich befreien will, indem man Flächentarife abschüttelt, sozialstaatliche Belastungen abbaut, hinderliche Mitbestimmung loswerden will. Der Weg zurück zum alten Kompromiss ist unter diesen veränderten Bedingungen ein aussichtsloses Unterfangen. Es bleibt nur der Weg nach vorn. Die Gewerkschaften müssen sich strategisch neu sortieren. Die relative Gemütlichkeit des Rheinischen Kapitalismus ist vorbei. Daraus müssen viele Konsequenzen gezogen werden. Eine der ersten muss sein, die eigene Konzession beim politischen Streikrecht zurückzunehmen und sich dieses Recht wieder zurückzunehmen, d.h. zurückzuerobern.

Gegenmachtoption in der Krise

Dies ist nicht nur im Sinne der Wiederherstellung einer abstrakten Kräftebalance nötig, sondern auch jetzt, wo es um die Verteilungsfragen beim Abtragen der Krisenfolgen geht, ganz praktisch von hoher Dringlichkeit. Ein großer, vielleicht der größte Teil des ins Haus stehenden Umverteilungsvolumens wird über die sogenannte sekundäre Einkommensverteilung, also über Verschiebungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite der öffentlichen und Sozialversicherungshaushalte erfolgen - oder zu verhindern sein. Entscheidungsinstanz wird mehr denn je der Gesetzgeber auf Bundes- Landes- und Kommunalebene, auch auf EU-Ebene sein. Das gilt für die Steuer- und Finanzpolitik und wahrscheinlich ganz zentral, orientiert man sich am schwarz-gelben Koalitionsvertrag, für die Gesundheitspolitik.

Andererseits richten sich schon immer und besonders jetzt in der Krise wesentliche Forderungen der Gewerkschaften an den Staat. Stichworte sind der gesetzliche Mindestlohn, Hartz IV –Sätze, Konjunkturprogramme, Finanzmarktregelung. Auch viele tarifliche Forderungen erfordern eine staatliche Flankierung, die es durchzusetzen gilt, vor allem in der Arbeitszeitpolitik. Bei der Altersteilzeit wie bei der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung werden große Schritte kaum möglich sein, ohne dass zugleich über Steuererleichterungen, staatliche Zuschüsse, Ausgleichsmechanismen und Garantien entsprechende Rahmenbedingungen für Tarifregelungen durchgesetzt werden.

Um auf all diesen krisenentscheidenden Themenfeldern handlungs- und durchsetzungsfähig zu werden, reicht weder das auf Tariffragen begrenzte Streikrecht, weil es die meisten Themen gar nicht erfasst, noch das außerbetriebliche Versammlungsrecht, das uns Massendemonstrationen ermöglicht, denen aber die ökonomische Druckentfaltungsmöglichkeit fehlt. Um wieder eine realistische Gegenmachtoption zu haben, brauchen wir die ultima ratio des Streiks, der ökonomischen Druck auch für die genannten politischen Ziele ausübt (Sauerborn, 2006).

Ein Stück weit brauchen wir das politische Streikrecht nicht nur als Ergänzung, sondern auch als Kompensation für die zunehmende Wirkungslosigkeit des tariflichen Streikrechts. Während bei einem Arbeitskampf für eine Lohn- oder Arbeitszeitforderung die Belegschaften sehr schnell und leicht mit dem Argument der Standortkonkurrenz erpressbar sind und gegeneinander in Stellung gebracht werden, ist der politische Streik allgemeiner, weil branchenübergreifender. Gegen Zuzahlungen oder Kopfpauschale im Gesundheitswesen sind Belegschaften von Daimler, Audi, RWE oder REWE, unabhängig von der kapitalistischen Konkurrenz mobilisierbar. Ein weiterer Schritt, sich der Erpressbarkeit durch die Konkurrenz zu entziehen, wäre natürlich, Forderungen und Ziele grenzüberschreitend, z.B. auf europäischer Ebene, zu formulieren und gemeinsam für sie zu mobilisieren, zumal sich immer mehr politische Forderungen, insbesondere Defensivforderungen, an

den Staat im Sinne des Europäischen Gesetzgebers (EU-Richtlinien, Urteile des EU-Gerichtshofs) zu richten hätten.

Wiederaneignung Schritt für Schritt

So wie wir das politische Streikrecht 1952 nicht durch einen Richterspruch verloren haben, werden wir es auch heute weder durch einen Antrag im Bundestag noch auf rechtlichem Weg allein wieder bekommen. Letztlich ist es wie damals eine Frage des politischen Drucks und der Mobilisierung, die in folgenden Schritten erfolgen könnte:

1. Die Gewerkschaften müssen das politische Streikrecht wollen, die Forderung danach zum Gegenstand ihres Leitbilds und zum Teil ihrer Strategie gegen die Abwälzung der Krisenfolgen machen. Dieser Wille muss sich in entsprechenden Anträgen und Beschlusslagen auf allen Ebenen der Gewerkschaften und, da es um die politische Ebene der Auseinandersetzungen geht, auch des DGB-Bundeskongresses 2010 niederschlagen. Der ver.di LBZ Baden-Württemberg hat via Bezirkskonferenz einen entsprechenden Antrag an den DGB Bundeskongress gerichtet (ggf. Anlage).
Entsprechende Beschlusslagen zu erreichen ist, wie die bereits gefassten Beschlüsse bei ver.di und IG BAU zeigen, nicht schwer. Beschlossene Anträge müssen aber auch umgesetzt werden. Das ist heutzutage leider kein Automatismus mehr. Es muss darauf gedrungen werden, dass sich die Gewerkschaften die Forderung nach politischem Streikrecht auch real aneignen. Dazu gehört die Neubewertung des politischen Streiks bis in die Bildungsarbeit hinein, z.B. die argumentative Auseinandersetzung mit dem klassischen Argument gegen das politische Streikrecht, wie es Adenauer genauso bemühte wie heute die Arbeitgeber, der politische Streik setze demokratische gewählte Parlamente in ihrer Entscheidungsfreiheit unter Druck. Gegenzuhalten wäre, das heutzutage Lobbyisten bis in die Formulierungen von Gesetzestexten hinein, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen und der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb und die ersten Entscheidungen im Wachstumsförderungsgesetz geradezu Lehrstücke lobbyistischer Einflussnahme sind, die dringend eines Gegengewichts bedürfen. Gegenzuhalten wäre weiter mit dem Hinweis auf den großen Einfluss der „vierten Gewalt“, der mainstream-Medien auf die politische Willensbildung in bürgerlichen Gesellschaften.
2. Politische Streiks sind keine separate Strategie oder Mobilisierungsschiene. Sie sind die Zuspitzung von und entstehen aus breiten Massenmobilisierungen. Auch das zeigt die Geschichte politischer Streiks, insbesondere der Zeitungstreik von 1952. Breite Bündnisse entlang der Forderung, eine gut verankerte Protestbewegung, die erst ihre Möglichkeiten vom symbolischen Widerstand bis zur Großkundgebung ausgereizt haben muss, sind die Voraussetzung und der Unterbau eines erfolgreichen politischen Streiks, der die Belegschaften vor Sanktionen und die Gewerkschaften vor Schadenersatzforderungen schützen kann.
3. Angesichts des hohen Rechtsrisikos, durch den Aufruf zu einem später für rechtswidrig erklärten Streik in Regress genommen zu werden, kann von den Gewerkschaften kein spektakulärer show-down erwartet werden, in dem in einer Großauseinandersetzung die Finanzen der Organisation oder gar diese selbst aufs Spiel gesetzt werden. So wie die Gewerkschaften das Streikrecht in tausenden Auseinandersetzungen, step by step durchgesetzt haben, so wird auch nur das politische Streikrecht zurückzuholen sein. Erfolge sprechen für sich, Niederlagen müssen Lernprozesse in Gang setzen.

Literaturhinweise:

Christoph Butterwege, Vorwort zu Veith Wilhelmy, Der Politische Streik – Materialien zu einem Tabu, <http://www.fhverlag.de>, 2008

Rosa Luxemburg, Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften, <http://www.mlwerke.de/lu/luc.htm>

Detlef Hensche, „Politischer Streik illegal? – Detlef Hensche über die vermeintliche Rechtswidrigkeit politischer Streiks, in: SoZ, März 2004, S.5

Detlef Hensche, Soziale Kämpfe sind stets auch Kämpfe um Verfassungspositionen, in: Hans-Jürgen Urban / Michael Buckmiller / Frank Deppe (Hrsg.), Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie" Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth, VSA 2006

Joachim Perels, Zur Aktualität der Sozialstaatsinterpretation von Wolfgang Abendroth, in; ebd

Lucy Redler, Der politische Streik in Deutschland nach 1945, Diplomarbeit HWP Hamburg, 2004, <http://www.trend.infopartisan.net/trd0307/t100307.html>

Werner Sauerborn, Perspektive politischer Streik, vom Breitbandprotest zur Verhinderung der Rente mit 67, in: express, 12/2006, <http://www.labournet.de/express/2006/12/index.html>

Eberhard Schmid, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht – die politische Rolle der Gewerkschaften, suhrkamp, 1978

Auswertung aktueller betrieblicher Kämpfe – Perspektiven

Matthias Fritz, Vertrauenskörper-Leiter und Betriebsrat bei Mahle Stuttgart

Als Metaller werde ich vor allem auf Beispiele aus der Auto-Industrie und dem Maschinenbau eingehen. Wie ist die Lage in der Branche?

Im September wurde die Lage in Baden-Württemberg von der IG Metall mit folgenden Zahlen beschrieben:

- 780 Betriebe im Land sind insolvenzgefährdet.
- Der Maschinenbau steht mit 170 Betrieben komplett auf der „Kippe“.
- 170 000 Beschäftigte sind in Kurzarbeit, also nur vorübergehend gehalten.

Dramatische Situation, wie reagiert die IG Metall?

Berthold Huber gibt mehr Interviews in der Stuttgarter Zeitung als früher: Am 26. Oktober hat er u.a. dargestellt, dass er gegen hohe Lohnforderungen ist, was den Zorn seines Kollegen Bsirske hervorgerufen hat. Aber er hat auch erklärt: „Im Moment haben wir ein paar andere Probleme zu bewältigen, als Großdemonstrationen in Berlin oder anderswo zu organisieren.“

So eine Aussage ärgert jede und jeden, der mit angesehen hat, wie die Weigerung der IG Metall, Massenproteste gegen Schwarz-Rot zu organisieren, praktisch Schwarz-Gelb vorbereitet hat. Es ärgert jeden, der seit der Wahl ständig hören und lesen muss, dass Huber als Konsequenz der Wahl auf die Vernunft von Merkel vertraut.

Aber es macht auch neugierig, wie die IGM die tatsächlich drängenden Probleme in den Betrieben angehen will. Aber, wer da sucht, findet keine Bewältigung der Probleme, sondern nur vage Hoffnungen: „Ich will ausdrücklich würdigen, dass wir keine Welle betriebsbedingter Kündigungen haben. Das scheint über die nächsten Monate zu halten.“ Und die einzige Drohung an die Seite der Unternehmer ist dann eine möglicherweise doch höhere Lohnforderung: „Im Moment erkenne ich keine zugespitzte Debatte über Forderungen. Unser Motto „Keine Entlassungen“ trägt. Wenn das nicht mehr hält, sieht alles anders aus.“

In der Realität sieht bereits einiges anders aus. Eine Woche nach diesem Interview haben die Betriebsräte bei Kolbenschmidt in Neckarsulm dem Abbau von 550 Arbeitsplätzen durch Ausgliederung in eine Dienstleistungsgesellschaft zugestimmt. Zusätzlich sollen weitere 100 Leute in indirekten Bereichen abgebaut und das Werk Hamburg komplett dicht gemacht werden. Bei der Heidelberger Druck sollen allein in Heidelberg und Wiesloch 970 KollegInnen gehen. Den Abbau bei Kolbenschmidt hat der dortige Bevollmächtigte als sozialverträglich bezeichnet, bei Heidelberger meinte die IG Metall das sei die „zweitbeste Lösung“. In beiden Fällen gab es keine Mobilisierung. Offensichtlich herrscht Einsicht in die Notwendigkeit des Abbaus.



Andere Betriebskämpfe sind möglich. Im März kündigte die Geschäftsführung von Mahle an, das Werk in Alzenau zu schließen. Das liegt in Unterfranken. Es gelang den Kolleginnen und Kollegen dort, die ganze Region mobil zu machen unter dem Motto „Eine Region steht auf“. Sie haben 2 Monate lang eine Mahnwache vor dem Werkstor durchgeführt, einen Ostermarsch mit 1000 Leuten organisiert und eine Woche später mit 3000 Beteiligten die größte Demo, die es jemals in Alzenau gab, durchgeführt.

Es gab einen Konzernaktionstag der IG Metall.

Die Alzenauer selbst organisierten eine Soli-Fahrt nach Colmar im Elsass. Das dortige Werk ist ebenfalls bedroht.

Seitens der Firma wurden die Verhandlungen in die Länge gezogen. Die Frage nach einer Besetzung stand im Raum. Das wurde durch die 4 Wochen währende Besetzung des Werkes in Rosario, Argentinien, weiter belebt.

Flugblätter vor dem Betrieb, die aufzeigten, dass nur die Besetzung eine Zukunftsperspektive bietet und die die Verhandlungen kritisierten, taten ein Übriges.

Am Mittwoch war der Convoi der Alzenauer in Colmar gewesen, am Donnerstag Morgen versammelte sich die Frühschicht in der Kantine. Die Betriebsräte beriefen sofort eine Betriebsversammlung ein, aber die Firmensprecher bezeichneten öffentlich dies als wilden Streik und drohten mit dem Abbruch der Verhandlungen. Die Betriebsversammlung ging bis Freitag Abend. 80 Leute blieben über Nacht in der Fabrik.

Samstag kam der IGM Bezirksleiter Neugebauer in die Kantine des Werkes. 2, 3 Stunden redete er auf die Belegschaft ein, den Streik abzubrechen und keinesfalls das Werk zu besetzen. Sein wichtigstes Argument war, dass bereits 300 Bereitschaftspolizisten bereit stünden, im Falle einer Besetzung das Werk zu räumen.

Er hat sich dabei sehr links gegeben. Er sprach davon, dass dieser Staat immer hinter den Besitzenden stünde. Hört man selten von Gewerkschaftern. Aber letztlich dienten diese Verbalradikalismen nur zur Einschüchterung der Belegschaft.

Ich halte es für fraglich, dass kurz vor der Europawahl und der Bundestagswahl Seehofer einen Polizeieinsatz gegen Arbeiterinnen und Arbeiter angeordnet hätte. Aber Glaube hilft nicht.

Entscheidend ist die Frage, wo steht die IGM angesichts der Massenentlassungen und Betriebsschließungen? Es gibt genug Belegschaften, die kampflös kapitulieren. Diejenigen, die kämpfen, dürfen nicht noch behindert werden! Der mächtige Bezirksleiter Neugebauer hätte zu den Polizei-Kommandeuren gehen müssen und klarmachen, dass ab Montag bei Audi und BMW die Bänder stehen, wenn auch nur ein Polizist das Werk betritt.

Es gibt noch andere Probleme als Bezirksleiter. Für entschlossene Aktionen müssen Kerne von 5-10 Leuten in den Betrieben vorhanden sein, die wissen, was sie wollen und wie das geht. Sie brauchen immer die Mehrheit der Belegschaft hinter sich, also muss ein Aktionskomitee gewählt werden, in dem Betriebsrat und Vertrauensleute vertreten sind – aber nicht automatisch. Betriebsräte werden alle 4 Jahre und für andere Aufgaben gewählt. Im Aktionskomitee müssen die Leute sein, deren Pläne zur Verteidigung des Betriebs von der Mehrheit unterstützt werden. Im Prinzip müsste jede Versammlung dieses Komitee auch bestätigen und gegebenenfalls verändern – wenn sich die Lage verändert.



Kämpfende Belegschaften brauchen eine ganz andere Solidarität der Linken, als sie heute existiert. Der politischen und der gewerkschaftlichen Linken.

Die Besetzung braucht eine Perspektive: Es kann nicht nur um etwas mehr Radikalität gehen, um etwas höhere Abfindungen durchzusetzen. Wenn der Betrieb, den der Unternehmer nicht mehr will, von der Belegschaft weitergeführt werden soll, muss er enteignet, z.B. verstaatlicht werden. Es muss über neue Produkte nachgedacht werden.

Die Alzenauer z. B. wollen jetzt Blockheizkraftwerke bauen. Die Mahle-Geschäftsführung verweigert dies.

Der Kreis schließt sich: Nur eine Besetzung hätte die Macht der Geschäftsleitung brechen können – die damals wie heute rein destruktiv wirkt.

Anmerkung: Dieses Referat wurde bei der Konferenz der Anti-Krisenbewegung gehalten, zwei Wochen nach der Konferenz der Gewerkschaftslinken. Es ist in einigen Punkten gegenüber dem dort gehaltenen leicht verändert.

Wie initiieren wir eine gesellschaftliche Bewegung für Arbeitszeitverkürzung?

Daniel Behruzi, Journalist bei Junge Welt, Lunapark, aktiv im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

20 Jahre lang hat die Forderung nach **Arbeitszeitverkürzung** in der gewerkschaftlichen Debatte – und vor allem in der tarifpolitischen Praxis – **kaum eine Rolle gespielt**. Ausnahme war der Streik der IG Metall für die Einführung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland, der in Zustandekommen und Beendigung spezielle Hintergründe hatte (Machtkampf an der IG-Metall-Spitze). Doch jetzt gibt es erste Ansätze, die Diskussion wieder zu eröffnen. Beiträge in diversen Publikationen befassen sich mit dem Thema (u.a. ver.di-Publik, LunaPark, Express). Die Frankfurter Rundschau berichtet über eine „neue Arbeitszeitdebatte in der IG Metall“, bei der die Frage im Raum steht, wie es nach Auslaufen der Kurzarbeit weitergeht. In ver.di ist ein Appell für Arbeitszeitverkürzung im Internet in kurzer Zeit von ca. 2.500 FunktionärInnen und Mitgliedern unterschrieben worden. Und zuletzt hat auf Einladung der ver.di-Linken NRW eine Konferenz in Dortmund stattgefunden, die sich darauf verständigt hat, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in die Forderungsdiskussion bei der anstehenden Tarifrunde in Bund und Kommunen einzubringen. Auch der ver.di-Bezirk Stuttgart will die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung einbringen. All dies ist der Beginn einer dringend notwendigen Debatte, die die Gewerkschaftslinken mit voranbringen sollte.

Das **Fallenlassen des Themas Arbeitszeitverkürzung** hatte bereits in den vergangenen Jahren fatale Auswirkungen. Jetzt – in der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren – ist dessen Wiederbelebung noch dringender. Denn die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist eine der zentralen strategischen Antworten der Gewerkschaften auf die durch die Krise verschärfte Massenarbeitslosigkeit, bzw. sie muss als solche wieder etabliert werden.

Eigentlich ist es eine **einfache Rechnung**: Wenn das Wirtschaftswachstum geringer ist als die Steigerung der Produktivität hat das eine Freisetzung von Arbeitskraft zur Folge. In Deutschland ist das seit den 1960er Jahren der Fall. In den 60ern lag die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei durchschnittlich 4,4, die der Produktivität aber bei 5,2 Prozent. Die Folge war ein jährlicher Rückgang des Arbeitsvolumens um 0,8 Prozent. In den 70ern betrug diese Lücke 0,9 Prozent. In den 80ern waren es 0,1 und in den 90ern 0,3 Prozent. Klar ist: Diese Freisetzung von Arbeitskraft findet entweder anarchisch über den Markt statt – in Form des „Null-Stunden-Tags“ für viele, sprich: Massenarbeitslosigkeit – oder koordiniert durch eine allgemeine, tariflich oder gesetzlich geregelte Arbeitszeitverkürzung. Anders ausgedrückt: Massenarbeitslosigkeit ist nicht umgesetzte Arbeitszeitverkürzung bzw., gerade zuletzt, Arbeitszeitverlängerung.

Traditionell hat die gewerkschaftliche Tarifpolitik zwei Säulen:

Lohn und Arbeitszeit. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich die Beschäftigtenorganisationen fast nur um die erste Säule gekümmert. Die Nichtbeachtung des Themas Arbeitszeit und die daraus folgende Defensive haben aber auch drastische Folgen für die Lohnpolitik. Denn die nicht durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung, also nicht erfolgte Verknappung der Ware Arbeitskraft führt dazu, dass ihr Preis sinkt. Anders ausgedrückt: Die durch nicht erfolgte Verkürzung oder sogar Verlängerung der Arbeitszeiten gestiegene Massenarbeitslosigkeit übt enormen Druck auf Löhne und Gehälter aus. Arbeitszeitverkürzung hat hingegen folgende positive Effekte: Erstens werden durch Arbeitsumverteilung Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Zweitens bietet Arbeitszeitverkürzung Möglichkeiten, die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen. Und drittens bietet sie Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeit. Allein die Tatsache, dass den Beschäftigten mehr Freizeit, also mehr selbstbestimmte Zeit zur Verfügung steht, vermindert das Ausmaß der Entfremdung.

Diesen **Humanisierungsaspekt** sollten wir bei der Argumentation für Arbeitszeitverkürzung nicht vergessen. Wir sollten diese nicht nur ökonomisch mit dem Kampf gegen Erwerbslosigkeit begründen, sondern auch damit, dass wir für ein gutes Leben streiten. Das heißt, wir sollten Arbeitszeitverkürzung auch als emanzipatorisches Projekt sehen. Mit den Worten der IG-Metall-Frauen in den 1980ern: „Mehr Zeit zum leben, lieben, lachen!“ Dieser Humanisierungsaspekt gewinnt gerade vor dem Hintergrund extrem gesteigener Arbeitsbelastung an Bedeutung und kann ein entscheidender Faktor bei der

Mobilisierung der Beschäftigten sein. Das haben die Auseinandersetzungen in den Krankenhäusern und Kitas zuletzt eindrucksvoll belegt.

Es gibt also **viele gute Gründe für Arbeitszeitverkürzung**. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Skepsis gegenüber dieser Forderung besteht – auch in unseren eigenen Organisationen. Diese ist zum Teil begründet in den Erfahrungen mit der in den 1980ern erfolgten Arbeitszeitverkürzung. Sie ging einher mit einem extremen Schub an Rationalisierung und Arbeitszeitflexibilisierung. Für viele Kolleginnen und Kollegen hieß das: Sie mussten dieselbe Arbeit in kürzerer Zeit erledigen. In der Metallindustrie ist mit der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung zudem die Etablierung betrieblicher Öffnungsklauseln in den Flächentarifverträgen einher gegangen. Dies war der erste Schritt in Richtung einer „Verbetrieblichung“, die mittlerweile zu einer bedeutenden inneren Erosion der Flächentarifverträge geführt hat.



Arbeitszeitverkürzung soll aber zu besseren, nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen führen. Die **Schlussfolgerungen** aus den gemachten Erfahrungen sollten daher lauten:

1.) Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten.

Je größer der Schritt, desto schwerer fällt es den Arbeitgebern, die Verkürzung mit dem bestehenden Personal zu kompensieren, desto größer also der Zwang zu Neueinstellungen. In diese Richtung zielt wohl auch der Vorschlag der Kolleginnen und Kollegen aus dem Stuttgarter Klinikum, in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes „mehr ganze freie Tage“ zu fordern.

2.) Arbeitszeitverkürzung sollte mit vollem Personalausgleich verbunden sein.

Das heißt, die Stundenreduzierung muss (außer wenn es in einem Betrieb akut darum geht, Entlassungen zu verhindern) mit entsprechenden Neueinstellungen ausgeglichen werden. Klar ist: Das können wir nicht dem „good will“ der Arbeitgeber überlassen, wir brauchen Kontrollmöglichkeiten. Das kann zum Beispiel über Tarifverträge zur Personalbemessung geschehen, die Beschäftigtenzahlen für bestimmte Aufgaben festschreiben. So gibt es beispielsweise bei ver.di die Diskussion, die Mindestrelation von Pflegerinnen und Betten in den Krankenhäusern per Tarifvertrag festzulegen. Vorbild könnte auch der Tarifvertrag zur Maschinenbesetzung in der Druckindustrie sein. Zudem brauchen wir **Kontrollrechte** für Betriebsräte, die überwachen müssen, ob der Personalausgleich tatsächlich umgesetzt wird. Wir sollten weiter diskutieren, mit welchen konkreten Forderungen die Parole des „Personalausgleichs“ mit Leben gefüllt werden kann.

3.) Arbeitszeitverkürzung verbinden mit vollem Lohnausgleich

Die Skepsis von Kolleginnen und Kollegen gegenüber der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung erklärt sich aber noch aus einem weiteren Grund: Arbeitszeitverkürzung wird oftmals mit Lohnverlust gleichgesetzt. Das sind die Erfahrungen in verschiedenen Konzernen, zum Beispiel bei Volkswagen und aktuell Daimler (wo Arbeitszeiten und Einkommen über den „Tarifvertrag Beschäftigungssicherung“ um jeweils 8,75 Prozent reduziert werden). Ein anderes Beispiel sind die Landesbeschäftigten im „rot-rot“ regierten Berlin, die in den vergangenen Jahren bei entsprechender Arbeitszeitverkürzung auf acht bis zwölf Prozent ihres Einkommens verzichten mussten. Diese Form der Arbeitszeitverkürzung hat definitiv nicht die Unterstützung der Mehrheit der Belegschaften. Sie wird – richtigerweise – wahrgenommen als ein Abwälzen der Krisenfolgen auf die Beschäftigten.

Wir haben in den vergangenen Jahren Reallohnverluste, also faktische Lohnkürzungen, und eine dramatisch Ausweitung des Niedriglohnsektors erlebt. Wenn wir sagen „Wir können auf nichts mehr verzichten“, dann ist das mehr als bloße Rhetorik. Die finanziellen Spielräume vieler Kolleginnen und Kollegen sind tatsächlich extrem eng. Vor diesem Hintergrund wird keine Forderung Akzeptanz oder gar aktive Unterstützung finden, die mit Lohnneinbußen verbunden ist. Ohne eine entschlossene Mobilisierung der Beschäftigten wird die Durchsetzung dieser Forderung – die einer grundlegenden Attacke auf die Kapitalinteressen gleichkommt – aber keinesfalls durchzusetzen sein. Deshalb ist

zentral, dass die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung stets mit der nach **vollem Lohnausgleich** verbunden wird.

4.) breit angelegte Kampagne für Arbeitszeitverkürzung initiieren

Es gibt viele Themen, die wir in dieser neu begonnenen Debatte diskutieren müssen. Zum Beispiel die **große Differenz zwischen tariflichen und realen Arbeitszeiten**. Der Mikrozensus 2003 besagt, dass die faktischen Arbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland bei 41 Wochenstunden liegen. Das DIW kam für das gleiche Jahr gar auf 42,4 Stunden. Zum Beispiel in Krankenhäusern und Pflegeheimen arbeiten Vollzeitkräfte laut ver.di durchschnittlich 43 Wochenstunden – bei einer tariflichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden. Sie leisten also jede Woche 4,5 Überstunden! Mit dem Argument der auseinanderklaffenden realen und tariflichen Arbeitszeiten hat IG-Metall-Chef Berthold Huber beim letzten Gewerkschaftstag die dort vorliegenden Anträge zur Arbeitszeitverkürzung weggewischt, nach dem Motto: „Lasst uns erstmal die realen an die tariflichen Arbeitszeiten angleichen, dann sehen wir weiter.“ Damit war die Debatte beendet. Geschehen ist aber das Gegenteil: Durch die auf betrieblicher Ebene vielfach akzeptierte Verlängerung von Arbeitszeiten hat sich die Lücke noch vergrößert.

Deshalb sollte das Ziel der Reduzierung der realen Arbeitszeiten nicht der Forderung nach tariflicher Arbeitszeitverkürzung entgegengestellt werden. Eine breit angelegte Kampagne für Arbeitszeitverkürzung bietet im Gegenteil die Möglichkeit, auch Fragen wie die **Reduzierung bezahlter und vor allem unbezahlter Überstunden** zu thematisieren. Deren Einschränkung könnte dadurch erreicht werden, dass Überstunden teuer gemacht werden. In diese Richtung gehen derzeit in ver.di diskutierte Forderungen für den Krankenhausbereich, Überstundenzuschläge für Teilzeitkräfte und besondere Boni bei kurzfristigen Arbeitseinsätzen einzuführen. Auch Fragen wie die einseitig an Arbeitgeberinteressen orientierte Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie erzwungene Teilzeitarbeit – beispielsweise im Einzelhandel – könnten im Rahmen einer breiten Kampagne aufgegriffen werden.

Tarifliche und gesetzliche Arbeitszeitverkürzung sollte ebenfalls nicht als Gegensatz verstanden werden. Gesetzliche Begrenzungen als Ergänzung der Tarifverträge und untere Haltelinien sind sicherlich sinnvoll – allein schon wegen der „weißen Flecken“ tarifloser Bereiche. Aber die Gewerkschaften werden Arbeitszeitverkürzung nur dann wieder in die gesellschaftliche Debatte bringen können, wenn sie sie zum Gegenstand von Tarifaueinandersetzungen und in diesem Rahmen von größeren Mobilisierungen machen.

Der **nächste Ansatzpunkt** hierfür ist die zum Jahreswechsel anstehende **Tarifrunde in Bund und Kommunen**. Hier hat die Konferenz der ver.di-Linken wie gesagt beschlossen, Anträge für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in die Forderungsdiskussion einzubringen. Das ist auch dann richtig, falls wir uns mit dieser Position noch nicht durchsetzen sollten. Wir müssen „jetzt einen Stein ins Wasser werfen“, wie es der Kollege Bernd Riexinger auf der Konferenz ausgedrückt hat, um die Debatte endlich richtig in Gang zu bringen.

Der **öffentliche Dienst** war in den vergangenen Jahren Vorreiter in Sachen Arbeitszeitverlängerung, die zum Teil sogar kampflos zugestanden wurde. Dies gilt es umzukehren. Denn angesichts von Massenentlassungen in der Privatwirtschaft im Zuge der Krise trägt der öffentliche Dienst eine **gesellschaftliche Verantwortung**, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. In gewissem Sinne ist die Argumentation für Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst in der jetzigen Situation etwas leichter als in anderen Bereichen. Erstens geht der Staat nicht so einfach pleite. Nichtsdestotrotz müssen wir natürlich erklären, wo das Geld für den Lohnausgleich herkommen soll (Millionärssteuer etc.). Zweitens hat der Staat zuletzt Milliarden für „Bankenrettung“ und Konjunkturprogramme ausgegeben. Jetzt soll er Geld zur Verfügung stellen um tatsächlich Arbeitsplätze zu schaffen – im öffentlichen Dienst.

Ver.di dürfte eine solche Auseinandersetzung nicht als „normale Tarifrunde“ führen, sondern müsste daraus einen **gesellschaftspolitischen Konflikt** machen. Dieser müsste begleitet werden mit einer **öffentlichkeitswirksamen Kampagne**. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie andere Belegschaften und Gewerkschaften müssten aktiv einbezogen werden. Ein wichtiger Aspekt, um Unterstützung zu mobilisieren, ist, die Frage der öffentlichen Daseinsfürsorge offensiv zu thematisieren und zu erklären: Wir brauchen gute Kitas, Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser – und dazu gehören auch bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten inklusive einer Verkürzung der Arbeitszeiten. Der Kita-Streik hat zuletzt deutlich gemacht, dass die Mehrheit der Bevölkerung mit solchen Argumenten gewonnen werden kann. Hier hat sich die Situation im Vergleich mit den 90er-Jahren deutlich verbessert.

Ver.di könnte beim Kampf für Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst den Aufschlag machen. Aber auch in der Privatwirtschaft gibt es dafür gute Gründe. Angesichts enormer **Überkapazitäten in der Autoindustrie, im Maschinenbau**, etc. stellt sich die **Alternative**: Entweder werden diese über Betriebsschließungen und Entlassungen oder über eine allgemeine, mindestens branchenweite und am besten internationale Arbeitszeitverkürzung abgebaut. Beim Eintreten für die Idee der Arbeitszeitverkürzung können wir an den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen mit der Kurzarbeit ansetzen. Einige haben die Vorteile verkürzter Arbeitszeiten in den vergangenen Monaten durchaus kennen und schätzen gelernt (mehr Zeit für Regeneration, für Freunde und Familie, ...). Das könnte wieder für mehr Offenheit in dieser Frage sorgen.

In konkreten Konflikten Parolen und Positionen entwickeln, die Anklang finden

Im Allgemeinen dürften wir uns in der Gewerkschaftslinken beim Thema Arbeitszeitverkürzung einig sein. Darüber, welche konkreten Forderungen wir aufstellen sollten, gab es zuletzt allerdings auch unter uns zum Teil kontroverse Diskussionen. In der programmatischen Plattform der IVG heißt es: „Sofortige gesetzliche Festschreibung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30-Stunden-Woche.“ Einige Kollegen meinen, dass die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche in vielen Bereichen, in denen 40 Stunden und mehr gearbeitet werden, nicht nachvollzogen werden kann. Ein Vorschlag ist, stattdessen zum Beispiel „fünf Stunden weniger pro Woche“ für die verschiedenen Bereiche zu fordern. Was dabei allerdings verloren gehen würde, ist das wichtige gewerkschaftliche Ziel einheitlicher Arbeitsbedingungen. Ich denke daher, wir sollten die 30-Stunden-Woche als Ziel für alle aufrecht erhalten und damit auch eine Vision bieten, wo wir hinwollen. Wenn wir zurückblicken zum Beispiel auf dem Kampf um den 8-Stunden-Tag: Zum ersten Mal hat der Internationale Arbeiterkongress von 1866 hat die Forderung nach 8-Stunden-Tag bei einer 6-Tage-Woche aufgestellt – zu einer Zeit, als nicht einmal der 12-Stunden-Tag verwirklicht war. Durchgesetzt wurde der 8-Stunden-Tag in Deutschland erst im Zuge der Revolution von 1918. Und in der Bundesrepublik wurde die 48-Stunden-Woche erst Mitte der 50er gesetzlich verankert – also fast ein Jahrhundert nachdem die Forderung erstmals formuliert wurde. Ich will damit nicht sagen, dass wir mit der Durchsetzung der 30-Stunden-Woche ebenfalls so lange brauchen sollten, sondern dass es sinnvoll ist, klare Visionen zu entwickeln. In diesem Sinne ist das Ziel der 30-Stunden-Woche – und zwar als Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung – absolut richtig. Zugleich ist das nicht in jeder konkreten Auseinandersetzung die angemessene Parole. Zum Beispiel in der Tarifrunde bei Bund und Kommunen ist die 35-Stunden-Woche, also eine Arbeitszeitverkürzung um vier Stunden in der Woche, schon extrem ehrgeizig. Wir müssen in konkreten Konflikten Parolen und Positionen entwickeln, die Anklang finden können. Das kann zum Beispiel auch die Forderung nach Ausweitung der Pausenzeiten sein, wie es in ver.di derzeit für die Kliniken diskutiert wird. Und warum sollte man in der Metallindustrie angesichts extrem gewachsenen Arbeitsdrucks und geringer Kapazitätsauslastung die Ausweitung der Steinkühler-Pause auf die gesamte Branche nicht wieder zum Thema machen?

Debatte zu Arbeitszeitverkürzung eröffnen

Die Debatte zu Arbeitszeitverkürzung ist wieder eröffnet. Es gibt viele Fragen, die in der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken und darüber hinaus ausführlich diskutiert werden müssen. Aber wir sollten es nicht bei Diskussionen belassen, sondern auch gemeinsam dafür kämpfen, Arbeitszeitverkürzung wieder zur tarif- und gesellschaftspolitischen Praxis unserer Organisationen werden zu lassen. Am ersten Konferenztag wurde gefordert, die IVG müsse sich Schwerpunkte setzen. Arbeitszeitverkürzung sollte ein solcher sein. Wenn die IVG dieses Thema besetzt und forciert, kann das auch das Profil und die Attraktivität der Initiative erhöhen.

Resolution

Die TeilnehmerInnen der Konferenz der Gewerkschaftslinken, die vergangenes Wochenende mit knapp 100 Aktiven in Stuttgart tagte, (darunter viele IG Metall und Ver.di-Funktionäre) nahmen mit großer Empörung die fristlose Kündigung des Betriebsratskollegen Günther Albrecht von Dietz-Motoren in Dettingen zur Kenntnis.
Wir verurteilen auf's Schärfste, dass eine fristlose Kündigung ausgesprochen wird, weil ein Beschäftigter sein Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nimmt. Günther hat unsere volle Solidarität. Wir verurteilen auch, dass der Betriebsrat der Kündigung zugestimmt hat.
Wir fordern die sofortige Rücknahme der Kündigung des Kollegen.

i.A. der TeilnehmerInnen der Konferenz
Christa Hourani

Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken Debatte über Arbeitszeitverkürzung und politischen Streik

Auf der Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken Ende Oktober in Stuttgart wurden von knapp einhundert TeilnehmerInnen das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken und die anstehenden Aufgaben ausführlich diskutiert. Vertreten waren aktive GewerkschafterInnen von IG Metall, ver.di, GEW, IG Bau sowie Vertreter von Österreichischen und Schweizer Gewerkschaften. Ca. die Hälfte der Teilnehmenden kamen aus der Region Stuttgart, andere u. a. aus München, Essen, Frankfurt, Berlin, Karlsruhe, Tübingen, Wolfsburg, Mannheim, Konstanz, Tuttlingen, Augsburg, Wien und der Schweiz.

Gewerkschaftspolitik in der Krise – Kämpfen statt Verzichten Abschlussklärung der 11. Konferenz der Gewerkschaftslinken Oktober 2009

Jetzt organisieren: Widerstand bis zum Generalstreik!

In der tiefsten Wirtschaftskrise seit 1929 stehen die Gewerkschaften vor gewaltigen Herausforderungen. Wir brauchen eine **andere politische Orientierung** - weg vom Standort-Deutschland-Denken! Der Konfliktvermeidungskurs, die Politik des Co-Management und der Verichtsvereinbarungen haben sich schon in den vergangenen Jahren fatal ausgewirkt – in der Krise ist dieser Kurs für die abhängig Beschäftigten und für die gesamte Gewerkschaftsbewegung Existenz bedrohend. Gegen Massenentlassungen hilft nur, den Kampf gemeinsam zu führen und nicht zuschauen, wie ein Betrieb nach dem anderen Arbeitsplätze vernichtet, Werke und Standorte schließt. Die Auseinandersetzungen werden härter, deshalb gilt es, andere – **kämpferische, durchsetzungsfähige Widerstandsformen** zu entwickeln. Im Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließungen nützt kein Sozialplan – da bedarf es wirksamer Kampfformen bis hin zu **Betriebsbesetzungen**.



Kollegen des Autozulieferers Hohenlockstedter Walz- und Umformtechnik (HWU) im Oktober 2008

Gesellschaftliche Bewegung für radikale Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Arbeitszeitverkürzung ist die zentrale Antwort, um

Überkapazitäten abzubauen und Erwerbslosigkeit einzuschränken. Damit kann sich das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital wieder zu unseren Gunsten verändern. Die Arbeitszeitverkürzung wird wirksam, wenn sie in großen Schritten erfolgt. Angesichts der Reallohnverluste der letzten Jahre ist ein voller Lohnausgleich notwendig. Um Arbeitsverdrängungen zu verhindern, braucht es Personalausgleich und die Kontrolle der Belegschaft über die Personalplanung. **Wochenarbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stundenwoche** muss ein gesellschaftliches Projekt, eine gesellschaftliche Bewegung werden. Nur mit einem breiten gewerkschaftsübergreifenden Bündnis werden wir Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können. Eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung ist auch die Abschaffung der **Rente mit 67 Jahren** – hin zu einer Rente mit 60.

Arbeitszeitverkürzung ist ein Stück Lebensqualität. Um die Diskussion und die gesellschaftliche Kampagne voran zu bringen, entstand die Idee, ein **Arbeitszeit-Bulletin** ins Leben zu rufen. Der Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken wird diese Idee aufgreifen und umsetzen.

Soziale Absicherungen erkämpfen!

Doch auch bei Arbeitszeitverkürzung ist Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern. Erwerbslosigkeit ist im Kapitalismus systemimmanent. Wichtig sind **soziale Absicherungen**, die bei Erwerbslosigkeit vor Armut schützen. Mittelfristige Ziele sind deshalb: **Arbeitslosengeld I** ohne zeitliche Beschränkung, die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV abzuschaffen und durch ein neues **existenzsicherndes System der sozialen repressionsfreien Grundversorgung** abzulösen. Kurzfristig fordern wir eine Verlängerung vom ALG I auf 3 Jahre, sowie eine Aufstockung von ALG II auf **500 Euro** + Warmmiete und die Abschaffung der damit verbundenen Repressionen und Zumutbarkeiten.

Gegen prekären Beschäftigungsverhältnisse Hartz IV mit seinen Zumutbarkeitsklauseln und Sanktionsmöglichkeiten hat mit entscheidend dazu beigetragen, dass der **Niedriglohnbereich** und die

prekären ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse massiv angestiegen sind. Dem kann nur mit der Durchsetzung eines für alle Branchen gültigen gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 10 € in der Stunde, und zwar lohnsteuerfrei begegnet werden.

Die **ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse** – Leiharbeit, Befristungen, Minijobs usw. sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Sie spalten Belegschaften und machen erkämpfte Errungenschaften (Tariflöhne, Kündigungsschutz usw.) zunichte. Wie krass aber die Auswirkungen der Krise auf diese Beschäftigtengruppe sind, spüren wir sehr heftig seit dem Beginn der Krise. Sie waren die ersten, die auf die Straße gesetzt wurden – oft sogar direkt in Hartz IV fielen, weil die Beschäftigungszeiten für ALG I nicht reichten oder die Einkommen so niedrig sind, dass ALG II höher ist als ALG I. Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Auch zum Schutze der regulären Beschäftigungsverhältnisse.

Neue Regierung – neue Angriffe

Die **neue Regierung** hat bereits die **nächsten Angriffe auf soziale und tarifliche Errungenschaften** angekündigt:

- Bei der Gesundheitsvorsorge drohen höhere Beiträge. Eine Koppaushale trifft insbesondere Versicherte mit niedrigem Einkommen. Das Einfrieren der Beitragssätze der Unternehmen ist eine weitere Abkehr von der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems.
- Legalisierung einer bis zu 30 prozentigen Unterschreitung von Tariflöhnen, Ablehnung von Mindestlöhnen, Androhung der Aufhebung von bereits eingeführten Branchen-Mindestlöhnen
- Senkung des ALG II durch Pauschalisierungen

Nach wie vor droht eine **Agenda 2020**. Es gilt für Gewerkschaften und soziale Bewegungen rechtzeitig ihre Kräfte zu bündeln, um die **soziale Demontage abzuwehren**.

Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge

Gerade in Zeiten der Krise könnte eine **Re-Kommunalisierung** bereits privatisierter Bereiche und der massive **Ausbau des öffentlichen Bereichs der Daseinsvorsorge** (also Wasser, Energie, Verkehr, Gesundheit, Pflege, Bildung usw.) ein wichtiges Zukunftsprojekt der Gewerkschaften sein.

Mobilisierungsfähig sowohl bei den betroffenen Einwohnern, als auch bei den Beschäftigten dieser Bereiche. Es würde Beschäftigung schaffen, aber noch wichtiger – die Lebensqualität würde deutlich erhöht werden. In diesem Projekt könnten Debatten über Zukunftsvisionen einer anderen Gesellschaft entstehen, die Notwendigkeit von Vergesellschaftung unter demokratischer Kontrolle beispielhaft in der Bevölkerung bewusst gemacht werden.

In der Krise – kein Lohnverzicht!

Tarifpolitik in der Krise kann nicht heißen, dass wir auf Lohnerhöhungen verzichten, wie es IGM-Chef Huber angekündigt hat. Dass es möglich ist, in der Krise erfolgreich zu erkämpfen und **Lohnerhöhungen durchzusetzen**, haben die Tarifrunden der ErzieherInnen und der Reinigungskräfte gezeigt. Beide Bereiche gehören nicht zu den traditionell Streik erfahrenden. Im Reinigungsgewerbe kam erschwerend hinzu, dass der Organisationsgrad niedrig ist und es sich um überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse

handelt. Es hat sich gezeigt, dass – wenn der ökonomische Druck nicht reicht – es notwendig ist, politischen und gesellschaftlichen Druck zu entwickeln.

Politisches Streikrecht zurückerobern!

Die Stärke in den Betrieben kommt in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit politischen Forderungen und gesellschaftlichen Perspektiven verbunden werden. Es gilt, die **Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken**.

Mit **politische Streiks** bis zu einen in Etappen vorbereiteten **Generalstreik** müssen nicht nur kommende Angriffe von Regierung und Kapital abgewehrt, sondern auch soziale und politische Forderungen durchgesetzt werden. Dazu setzen wir uns für den **Aufbau einer Kampagne für die Wahrnehmung des politischen Streikrechts** ein.



Aktion in Stuttgart am 17. September 2009

Foto von Thomas Trueten - arbeiterfotografie Köln

Gesellschaftliche Bündnisse aufbauen!

Doch der gesellschaftliche Widerstand kann nicht allein von den Gewerkschaften getragen werden. Es geht darum, **politische und gesellschaftliche Bündnisse** zu schließen, die den gewerkschaftlichen Kämpfen eine höhere Schlagkraft verleihen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Gewerkschaften öffnen, ihre Bündnispartner als gleichwertig akzeptieren und deren Anliegen ebenso unterstützen. Bündnisarbeit und solidarisches Handeln ist keine Einbahnstraße.

Wir brauchen sowohl breite **regionale Bündnisse** mit gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, betrieblichen Akteuren und Gewerkschaften als auch eine **bundesweite Vernetzung**. Wichtig ist die **Vernetzung der verschiedenen Protestbewegungen** wie Bildungsstreikbewegung, Umwelt- und Ökologiebewegung, soziale Bewegungen, Friedensbewegung, betriebliche Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir müssen längerfristig lokale und vernetzte Strukturen von Protest, Solidarität und Widerstand aufbauen.

Gewerkschaftspolitik in der Krise heißt Kämpfen statt Verzicht.

Die Zeit für eine andere Gesellschaft ist reif.

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain
Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 8. November 2009

>>> PLATTFORM DER GEWERKSCHAFTSLINKEN <<<

Seit Jahrzehnten bestimmt die Massenarbeitslosigkeit die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land mit all ihren Folgen. In Deutschland entwickeln sich Verhältnisse, von denen viele glaubten, sie gehörten der Vergangenheit an. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik sind auf dem Weg dazu bzw. streben langfristig an,

- die Flächentarifverträge abzuschaffen und oder sie wenigstens möglichst weitgehend durch betriebliche Lohnfestsetzung zu ersetzen, um die Löhne auf breiter Front zu senken,
- die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung zu beseitigen oder sie wenigstens möglichst weitgehend zu beschneiden und durch Privatversicherungen zu ersetzen,
- die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen, ebenfalls das Arbeitslosengeld II oder wenigstens die Arbeitslosenversicherung auf ein Minimum zu beschränken und Arbeitslosengeld II mindestens zu halbieren,
- die allgemeine Arbeitszeit auf weit über 40 Stunden auszuweiten oder wenigstens in diese Richtung zu flexibilisieren,
- öffentliche Betriebe zu privatisieren und alle Bereiche zu kommerzialisieren
- alle staatlichen Leistungen möglichst weitgehend über Gebühren zu finanzieren und
- die Gewinnsteuern entweder ganz abzuschaffen oder wenigstens auf ein Niveau abzusenken, das weit unterhalb des heutigen ohnehin schon massiv gesenkten Niveaus liegt.

Die Agenda 2010 und in diesem Zusammenhang die Hartz-Gesetze dienen der Umsetzung dieses langfristigen Programms.

Wir lehnen sie ab.

Unter diesen Bedingungen fällt den DGB-Gewerkschaften eine besondere Verantwortung zu. Noch erreichen sie Millio-

nen abhängig Beschäftigter. Noch verfügen sie über ein gewisses Ansehen und die Masse der KollegInnen betrachtet sie noch als das Stärkste, was die Schwachen heute haben. Aber die Anziehungskraft, die Glaubwürdigkeit und die Bindekraft sind in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Der Mitgliederverlust hat beängstigende Ausmaße angenommen. Als wesentliche Gründe für diese kritische Situation stellen wir fest:

Die Führung der DGB-Gewerkschaften

- akzeptiert Lohnsenkungen auf allgemeiner und betrieblicher Ebene,
- unterstützt faktisch die Privatisierung der Rentenversicherung und des Gesundheitswesens
- hat die Hartz-Gesetze in weiten Teilen begrüßt und ihre schädlichen Wirkungen vertuscht,
- hat den Kampf für Arbeitszeitverkürzung aufgegeben und
- setzt sich für die Senkung von Lohnnebenkosten ein, obwohl diese als Teil des Lohns zu begreifen sind und appelliert an eine angebliche soziale Verantwortung des Kapitals, die es nicht hat. ***Wir akzeptieren das nicht.***

Wir setzen der pausenlosen Propaganda der Medien, der politischen und wissenschaftlichen Fürsprecher des Kapitals entgegen: Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen. Wir sind auch nicht bereit, uns gegen unsere Kolleg/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau und dadurch steigenden Renditen die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Das ist nicht unser Ziel.

Was wir wollen und wofür wir aktiv sind

Unsere wichtigsten Forderungen sind Arbeitszeitverkürzung und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Durchsetzung beider Forderungen sind die einzigen wirksamen Mittel für eine spürbare Verringerung der Massenerwerbslosigkeit und für die Verhinderung von Billiglöhnen. Kapital und Kabinett betreiben seit Jahren eine Verlängerung der

Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die schon einmal in weiten Bereichen erkämpfte 35-Stundenwoche ist weitgehend zu Makulatur geworden. Dies verringert nicht nur die Lebensqualität der Beschäftigten und untergräbt das Familienleben. Es vergrößert auch das Heer der Erwerbslosen und senkt die Stundenlöhne. Deswegen:

➤ *Arbeitszeitverkürzung - Sofortige gesetzliche Festschreibung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30-Stunden-Woche*

- Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in allen Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur wenn die Arbeitszeit in großen Schritten verkürzt wird, kann verhindert werden, dass ihre positiven Folgen durch Arbeitsintensivierung aufgefangen werden und keine Einstellungen erfolgen.
- Keine Zugeständnisse in Sachen Arbeitszeit oder Flexibilisierung. Jede Arbeitszeitverlängerung in einem Bereich ist ein Angriff auf uns alle.
- Gegen die Einrichtung oder Ausdehnung von Langzeitarbeitskonten.

Plattform der Gewerkschaftslinken – www.labournet.de/GewLinke

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro

Für Millionen arbeitender Menschen ist seit Jahren das Einkommen gesunken. Viele leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Hartz IV fördert das mit seinen Zumutbarkeitsbestimmungen und mit Ein-Euro-Jobs. Dem muss der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn entgegengesetzt

werden. Die untersten Tariflöhne für allgemein verbindlich zu erklären ist vollkommen ungenügend, weil auch viele Tariflöhne unterhalb des Existenzminimums liegen. Wir brauchen einen allgemeinen, für alle Branchen gleichen Mindestlohn. Heute müssen dies wenigstens 10 Euro in der Stunde sein.

Existenz sicherndes Mindesteinkommen

Wachsende Erwerbslosigkeit ist kein Ergebnis wachsender Faulheit der Erwerbslosen, sondern eine zwangsläufige Folge dieses Wirtschaftssystems. Deshalb treten wir für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ein – ohne

Bedürftigkeitsprüfung. Es müsste sich für Alleinstehende aus einer Regelleistung von 500 Euro (statt jetzt 345 Euro) **plus** Unterkunftskosten und Heizung zusammensetzen.

Kräftige Reallohnsteigerungen bei Tarifikämpfen

Bei tariflichen Kämpfen treten wir ein

- Anhebung aller Ost-Tarife auf Westniveau
- für Festgeldforderungen, auch und gerade, um das Einkommen von Frauen anzuheben. Der Festbetrag muss jedoch so hoch ausfallen, dass auch die oberen Tarifgruppen mindestens einen Inflationsausgleich erhalten
- gegen Lohnabschlüsse, die teilweise oder ganz von der "Ertragslage" der Betriebe abhängig gemacht werden

- gegen Lohnabschlüsse mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten
- gegen die Einführung von „leistungs“bezogenen Entgeltbestandteilen im Öffentlichen Dienst, weil damit nur das allgemeine Gehaltsniveau gesenkt und die Konkurrenz angeheizt wird

Klares Nein zu allen ungeschützten Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen

Mit der Ausdehnung von Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs und befristeten Arbeitsverhältnissen hebt das Kapital zu-

nehmend Tarifverträge aus, senkt das Lohnniveau und untergräbt die Arbeitsbedingungen der „Stammebelegschaften“.

Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge

Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ist ein untrennbarer Bestandteil der Arbeitszeitverkürzung, die mit wachsender Produktivität möglich ist. Wir wenden uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Wir halten die stei-

gende Lebenserwartung nicht für eine Last, sondern für einen Fortschritt, der aus dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden kann.

Einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung

Wir wehren uns dagegen, dass durch Zuzahlungen, Gebühren und Ausgliederung von Leistungen aus der Krankenversicherung das Lohnniveau gesenkt wird. Das Kapital und insbesondere die Versicherungskonzerne streben an, die gesetzliche Krankenversicherung auszuschlachten, um ihre Profitin-

teressen zu fördern. Wir streben eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung für alle an. Wir wollen nicht, dass die Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt. Weg mit der Beitragsbemessungsgrenze.

Keine Privatisierung der Sozialversicherungen

Wir lehnen die Formel „Senkung der Lohnnebenkosten“ ab, mit der der Abbau der Sozialversicherung zugunsten der

Privatversicherung betrieben wird.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wasserversorgung, kommunale Wohnungen usw. werden mehr und mehr an private Investoren verkauft. Wir wollen eine ausreichende öffentliche

Infrastruktur für alle, die allen zu niedrigen Preisen zugänglich ist. Privatisierte Betriebe müssen in gesellschaftliches Eigentum überführt werden.

➤ *Uneingeschränkter Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten)*

Wir streben die Abschaffung des Dreiklassenschulsystems an. Eine Schule für alle, damit unsere Kinder besser gefördert

werden können! Das Schulwesen muss so eingerichtet werden, dass die Kinder der unteren Schichten nicht ausgesiebt

Plattform der Gewerkschaftslinken – www.labournet.de/GewLinke

werden, sondern alle SchülerInnen sich bestmöglich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können. Statt das Studium mehr und mehr den Schmalspurinteressen der zukünftigen Arbeit-

geber unterzuordnen, fordern wir auch für die Hochschulen eine allseitige, gebührenfreie Ausbildung und ein elternunabhängiges BAföG von 500 Euro plus Miete und Nebenkosten!

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und dass sie Anspruch darauf haben, in

ihrem erlernten Beruf übernommen zu werden. Finanziert werden muss es von den Unternehmen.

Wer soll das bezahlen?

Gewinnsteuersenkungen dienen ausschließlich der privaten Profitmacherei. Wir fordern, dass die Verwendung der Milli-

arden Steuergeschenke offen gelegt werden muss.

➤ *Die Senkungen der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer müssen ebenso rückgängig gemacht werden wie die Abschaffung der Vermögenssteuer.*

Die Löcher, die durch Senkung der Steuern für das Kapital gerissen werden, werden durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen, die Erhebung von Gebühren für die Nutzung

öffentlicher Einrichtungen sowie Sozial- und Personalabbau notdürftig gestopft.

Unsere Perspektiven und wer wir sind

Wir machen uns dafür stark, dass die Gewerkschaftsmitglieder und die abhängig Beschäftigten insgesamt sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen und dazu mit den entsprechenden Gruppen, Initiativen und Bewegungen zusammenarbeiten:

- Gegen Kriege, die nur den Interessen des Großkapitals dienen und Tausende unschuldigen Menschen, darunter unseren KollegInnen in anderen Ländern, das Leben kosten
- Gegen eine milliarden schwere Aufrüstung, die der Vorbereitung solcher Kriege dienen und zusätzlich den Sozialabbau vorantreiben
- Gegen Rassismus und Faschismus, der die Belegschaften spaltet und gegeneinander aufhetzt, um ihre Kampfkraft und Gegenwehr zu schwächen; denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen. Wir lassen nicht zu, dass ausländische KollegInnen zu Sündenböcken für Arbeitslosigkeit und Verarmung gemacht werden. Auch die KollegInnen ohne Papiere verteidigen wir

Um mehr Druck für unsere Forderungen und Ziele aufzubauen, setzen wir uns dafür ein, dass in den DGB-Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Mitglieder vollständig zur Geltung kommen. Insbesondere bei Tarifkämpfen kann es nicht um eine Minimalisierung der Kampfmittel und des Kampfeinsatzes gehen, sondern im Gegenteil um die Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen in den tatsächlichen Kampf. Nur wenn sie die Erfahrung machen, dass es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität, werden Engagement und Selbstvertrauen wachsen. Nur auf diesem Wege ist eine politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen möglich. Weicht ein Tarifabschluss von der aufgestellten Forderung ab, muss die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen eingeholt werden.

- Belegschaften werden durch international operierende Konzerne grenzüberschreitend erpresst. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe, eine grenzüberschreitende

Zusammenarbeit von Belegschaften unbürokratisch aufzubauen, um Schließungspläne von Konzernen abzuwehren. Dazu müssen Netze gewerkschaftlicher Querverbindungen ausgebaut werden bzw. erst aufgebaut werden.

- Wir brauchen Organisationsformen, die geeignet sind, alle Kräfte zusammenzuschließen, die diese Ziele teilen – innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften
- Wir wollen Solidaritätsaktionen mit kämpfenden Belegschaften und eine Vernetzung von unten organisieren,
- Wir rufen auf, Foren innerhalb der Gewerkschaften zu fördern, die allen offen stehen
- Wir setzen uns ein für Bündnisse zwischen Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden und Schülern, Rentnern usw., die auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehen.

Wir sind ein Zusammenschluss von GewerkschafterInnen. Wir wenden uns aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen wollen wir dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Wir haben uns an vielen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt. Viele von uns haben daran mitgewirkt, dass bestimmte Auseinandersetzungen eine kämpferische Richtung genommen haben. Die Kräfte, die sich uneingeschränkt für die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital engagieren, müssen ihre Handlungsfähigkeit bewahren und ausbauen.

Diese Plattform wurde auf der Konferenz der Gewerkschaftslinken am 01.10.2005 diskutiert und verabschiedet. Sie stellt den derzeitigen Diskussionsstand dar. Dabei halten wir es aus, dass nicht jede und jeder Einzelne von uns mit jedem einzelnen Satz dieser Plattform einverstanden sein muss. Wir betrachten es vielmehr als unsere Stärke, unsere unterschiedlichen Meinungen beibehalten zu können und doch gemeinsam für eine andere, eine kämpferische Gewerkschaftspolitik streiten zu können.